

Öffentliche Haushalte 1999/2000:	
Keine Abkehr von der restriktiven Linie	619
Gesamtwirtschaftliche Produktion kaum gestiegen – Die ersten Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Bundesrepublik Deutschland für das zweite Quartal 1999	633

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 34-35/99

Berlin

3. Ex

2. September 1999

66. Jahrgang

Öffentliche Haushalte 1999/2000: Keine Abkehr von der restriktiven Linie

Die Finanzpolitik der vergangenen Jahre war von dem Bemühen geprägt, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Tatsächlich konnten die Finanzierungsdefizite von Bund, Ländern und Gemeinden deutlich verringert werden, von 120 Mrd. DM im Jahre 1996 auf 56 Mrd. DM im vergangenen Jahr (in finanzstatistischer Abgrenzung). Zum Teil ist diese Entwicklung auf die umfangreichen Vermögensveräußerungen und die besonders hohen Gewinnausschüttungen der Deutschen Bundesbank zurückzuführen. Ebenso haben die vielfältigen Einschnitte bei den Ausgaben dazu beigetragen. An der restriktiven Ausrichtung der Finanzpolitik wird sich auf absehbare Zeit kaum etwas ändern, zumal sich Deutschland gemäß dem Stabilitäts- und Wachstumspakt von Dublin verpflichtet hat, mittelfristig einen ausgeglichenen Staatshaushalt herbeizuführen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat der Bund ein Sparpaket beschlossen, das den Bundeshaushalt gegenüber der bisherigen Finanzplanung bereits im nächsten Jahr um 30 Mrd. DM entlasten soll. Auch die Länder werden an ihrer restriktiven Politik festhalten. Lediglich bei den Gemeinden hat sich der Druck, den Rotstift anzusetzen, vermindert; in der Summe erzielten sie 1998 erstmals wieder Überschüsse und können nun wieder etwas mehr für Investitionen ausgeben. Wenn dennoch die Defizite der Gebietskörperschaften in diesem wie im nächsten Jahr kaum kleiner werden, so hat dies seine Ursache vor allem darin, daß sich die Gewinnausschüttungen der Zentralbank wieder „normalisieren“ und die Erlöse aus Vermögensveräußerungen stark rückläufig sind. Gleichwohl besteht genügend Spielraum, die für das Jahr 2002 geplante Steuerreform vorzuziehen.

Trotz der ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren haben die Gebietskörperschaften den Anteil ihrer Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) deutlich verringert. Nach dem Anstieg im Rezessionsjahr 1993 auf 32 % ist er kontinuierlich auf 30 % (1998) zurückgegangen (Tabelle 1). Dies lag an der Senkung der staatlichen Konsumausgaben und — relativ gesehen — noch stärker an der Verminderung der öffentlichen Investitionen. Es sind vor allem die Gemeinden, die den größten Teil der öffentlichen Investitionen tätigen, doch sind ihren Kreditfinanzierungsmöglichkeiten durch das kommunale Haushaltsrecht sehr enge Grenzen gesetzt, so daß sie auf Einnahmeausfälle mit Kürzungen bei

den Investitionsvorhaben reagieren müssen. Doch auch ihre Konsumausgaben haben merklich abgenommen. Vornehmlich ist dies den ostdeutschen Gemeinden zuzuschreiben, die in den letzten Jahren ihren ehemals extrem hohen Personalüberhang um 175 000 Vollzeitstellen reduzierten — dies entspricht einem Minus von immerhin 40 %. Auch die anderen Gebietskörperschaften bauten die Beschäftigung erheblich ab. Insgesamt ist die Zahl der Bediensteten bei Bund, Ländern und Gemeinden von 1993 bis 1998 um eine halbe Million auf 3,72 Mill. geschrumpft — und dies, obwohl die Tarifierhebungen im öffentlichen Dienst mit insgesamt 10 % moderat waren (Gesamtwirtschaft 15 %).

Tabelle 1

Ausgaben und Einnahmen der Gebietskörperschaften in % des Bruttoinlandsprodukts¹⁾

	1993	1997	1998 ²⁾
Konsumausgaben	13,1	11,9	11,6
Bruttoinvestitionen	2,7	1,8	1,7
Transferausgaben	12,8	13,0	13,2
an Sozialversicherung	3,1	2,9	3,2
an andere Sektoren	9,7	10,1	10,1
Zinsausgaben	3,4	3,6	3,6
Ausgaben insgesamt	32,0	30,3	30,1
Einnahmen insgesamt	28,6	27,7	28,0
dar. Steuern	22,8	22,5	22,7
Finanzierungssaldo	-3,4	-2,6	-2,1
Bund	-2,2	-1,7	-1,7
Länder	-1,0	-1,1	-0,7
Gemeinden	-0,2	0,1	0,3

¹⁾ In Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. —
²⁾ Schätzung des DIW.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Wegen der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit sind die Transferausgaben der Gebietskörperschaften etwas rascher als das Bruttoinlandsprodukt gestiegen. Ohne die vielfachen Eingriffe der finanzpolitischen Entscheidungsträger in das soziale Sicherungsnetz — erinnert sei nur an die Senkung der Lohnersatzleistungen, der Sozialhilfe und an die Kürzung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen — hätten die Transfers noch stärker expandiert.

Die gesamtwirtschaftliche Steuerquote blieb in diesem Zeitraum mit etwa 22½ % niedrig. Während sich der Anteil der Lohnsteuer etwas erhöht hat, ist die Belastung der Unternehmen infolge niedrigerer Körperschaftsteuersätze, aufgrund von Steuerrückzahlungen für früher einbehaltene und später ausgezahlte Gewinne, wegen der Sonderabschreibungen und Investitionszulagen für den „Aufbau Ost“ und schließlich durch die Abschaffung der Vermögen- und Gewerbesteuer zurückgegangen.

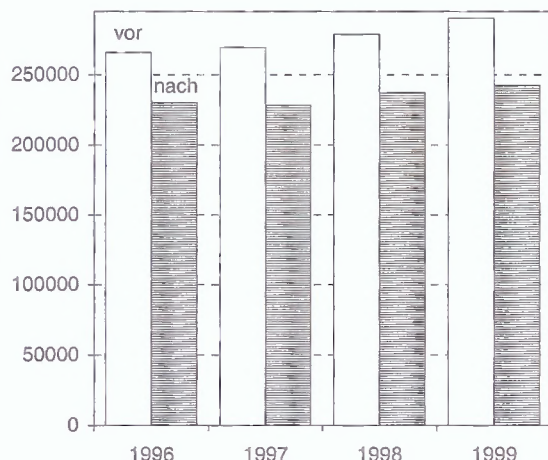
Einnahmen 1999 und 2000

Im bisherigen Jahresverlauf entwickelten sich die Steuereinnahmen überraschend günstig. Von Januar bis Juli lagen die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und EU um gut 6½ % über dem Vorjahr. Dies ist nicht nur darauf zurückzuführen, daß die Expansion der Steuereinnahmen in diesem Jahr stärker von der Inlandsnachfrage getragen wird. Eine gewichtige Rolle spielen auch Steuerrechtsänderungen (Tabelle 2) und das Auslaufen von Steuervergünstigungen.

So führen die Neuregelung der 630-Mark-Jobs sowie die Anhebung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer zum 1. Januar 1999 — schon im Jahressteuer-

Abbildung 1

Lohnsteueraufkommen in Westdeutschland vor und nach Abzug des Kindergeldes von 1996 bis 1999¹⁾
in Mill. DM



¹⁾ 1999: DIW-Schätzung.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen und Schätzungen des DIW.

DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

gesetz 1996 beschlossen — zwar zu Mindereinnahmen von insgesamt 8,5 Mrd. DM. Sie werden aber kompensiert durch Mehreinnahmen aus der Anhebung der Mineralölsteuersätze und aus der neuen Stromsteuer zum 1. April 1999. Aus der Reform der Unternehmensbesteuerung, die zu Beginn des letzten Jahres in Kraft getreten ist, sind Mehreinnahmen von etwa 2½ Mrd. DM zu erwarten. Die erste Stufe der Steuerreform 1999/2000/2002 wirkt in diesem Jahr aufkommensneutral: Mindereinnahmen, die aus der Senkung der Steuersätze resultieren, halten sich die Waage mit den zusätzlichen Einnahmen aus der Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen. Ein Plus ergibt sich noch aus der Anhebung der Umsatzsteuer zum 1. April 1998, die in diesem Jahr ein volles Jahr wirksam ist. Alles in allem lassen sich die steuerrechtsbedingten Mehreinnahmen für 1999 auf 7 bis 8 Mrd. DM beziffern.

Der kräftige Zuwachs bei den Gewinnsteuern im bisherigen Jahresverlauf deutet daraufhin, daß die steuerlichen Bemessungsgrundlagen wieder breiter werden. Die Vergünstigungen für Ostdeutschland, z. B. Sonderabschreibungen, sind teilweise ausgelaufen und schmälern das zu versteuernde Einkommen zunehmend weniger. Aber auch Verlustvorträge haben offenbar das Aufkommen nicht mehr so stark wie in den Vorjahren belastet.

Die Vorausschätzung des Steueraufkommens bis zum Jahresende und für 2000 basiert auf der Annahme, daß das nominale Bruttoinlandsprodukt 1999 um knapp 2 % und 2000 um 3 % zunimmt. Dies ist deutlich weniger, als

Tabelle 2

Finanzielle Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen für die Jahre 1999 und 2000
Entlastungen (-) bzw. Belastungen (+) in Mill. DM

	1999	2000
Steueränderungsgesetz 1999/2000/2002 insgesamt	57	-2 329
Entlastungen	-10 065	-24 648
Kindergelderhöhung von 230 auf 250 DM pro Monat (1. u. 2. Kind)	-6 400	-5 800
Senkung des Eingangssteuersatzes bei der Einkommensteuer von 25,9 auf 23,9 %	-1 370	-1 310
Senkung des Höchststeuersatzes bei der Einkommensteuer für gewerbliche Einkünfte von 47 auf 45 %	-930	-1 120
Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 45 auf 40 %	-1 365	-2 868
Anhebung des Grundfreibetrages bei der Einkommensteuer von 13 067 auf 13 499 DM	-	-4 060
Senkung des Eingangssteuersatzes bei der Einkommensteuer von 23,9 auf 22,9 %	-	-620
Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer von 53 auf 51 %	-	-1 490
Senkung des Höchststeuersatzes bei der Einkommensteuer für gewerbliche Einkünfte von 45 auf 43 %	-	-1 100
Neugestaltung der Progressionszone bei der Einkommensteuer	-	-6 280
Maßnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen	10 122	22 319
dar.: Steuerliche Gewinnermittlung (Rückstellungsbildung, Teilwertabschreibung, Wertaufholungsgebot)	2 985	4 620
Streichung des ermäßigten Steuersatzes für außerordentliche Einkünfte	1 289	3 551
Halbierung des Sparerfreibetrages auf 3 000/6 000 DM (ledig/verh.)	-	2 075
Absenkung des Vorsteuerabzugs bei der USt für nicht ausschließlich dienstlich genutzte Pkw	928	1 408
Einstieg in die ökologische Steuerreform	8 400	12 340
Erhöhung der Mineralölsteuersätze	5 200	7 840
Einführung einer Stromsteuer	3 200	4 500
Steuerliche Neuregelung der 630-Mark-Jobs	-1 300	-1 700
Familiententlastungsgesetz 2000 (geplant)	-	-5 500
Kindergelderhöhung von 250 auf 270 DM pro Monat (1. u. 2. Kind)	-	-3 800
Steuerlicher Betreuungsfreibetrag für Kinder unter 16 Jahren (3 024 DM)	-	-1 700
Insgesamt	7 157	2 811
Quelle: Bundesministerium der Finanzen.		

die Bundesregierung für die Prognose des „Arbeitskreises Steuerschätzungen“ im Mai 1999 vorgegeben hatte (1999: 2,8 %; 2000: 3,7 %).

Bei der *Lohnsteuer* drückt die Anhebung des Kindergeldes zum 1. Januar 1999 — von 230 DM auf 250 DM für das erste und zweite Kind — das Aufkommen, da das Kindergeld aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlt wird (Abbildung 2). In Westdeutschland hat das kassenmäßige Lohnsteueraufkommen nach Abzug des Kindergeldes bis Juli nur um 1,9 % zugenommen; bereinigt um diesen Abzug errechnet sich eine Zunahme um 4,2 %. Im kommenden Jahr werden die zweite Stufe der Steuerreform 1999/2000/2002 sowie Auswirkungen von früheren Rechtsänderungen das Aufkommen deutlich — um 8 Mrd. DM — dämpfen. Bei den Löhnen und Gehältern ist unterstellt, daß die Tarifsteigerungen im Vergleich zu diesem Jahr um etwa einen halben Prozentpunkt niedriger ausfallen werden und sich die Beschäftigungslage kaum verbessert. Insgesamt wird das Lohnsteueraufkommen nach Abzug des Kindergeldes im nächsten Jahr nur um 2½ % zunehmen (Tabelle 3).

In Ostdeutschland waren die kassenmäßigen Lohnsteuereinnahmen im bisherigen Jahresverlauf deutlich rückläufig (-5,2 %). Das Kindergeld spielt hier eine viel größere Rolle; bereinigt um diesen Effekt errechnet sich ein Plus von gut 2 %. Der Unterschied zur Entwicklung in West-

Abbildung 2

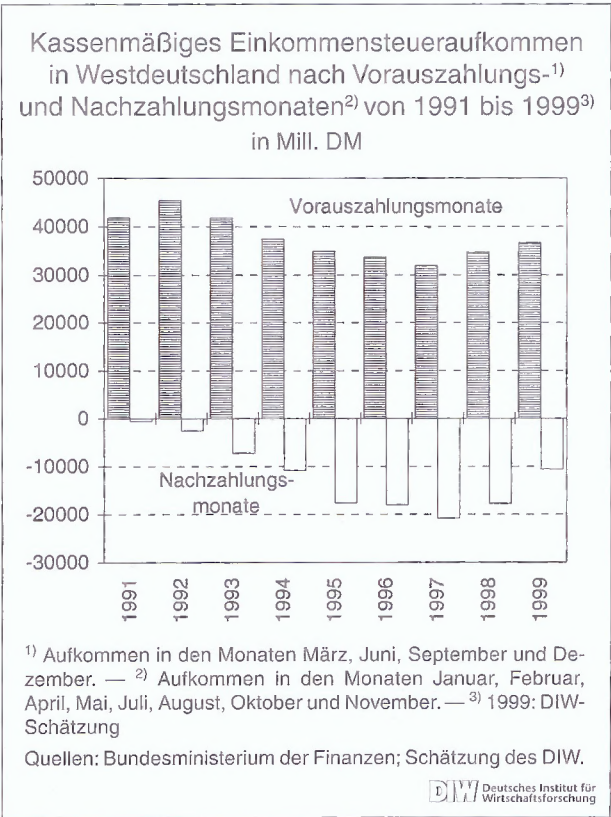


Tabelle 3

Steuereinnahmen in den Jahren 1998 bis 2000

	Westdeutschland ¹⁾			Ostdeutschland ²⁾			Insgesamt			West-deutschland ¹⁾		Ost-deutschland ²⁾		Insgesamt	
	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000
	Ist	Schätzung		Ist	Schätzung		Ist	Schätzung							
	Mrd. DM									Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Gemeinschaftliche Steuern	554,8	589,5	606,0	35,6	38,2	38,2	590,4	627,7	644,2	6,2	2,8	6,7	14,7	6,3	2,6
Lohnsteuer ³⁾	237,4	242,5	248,5	20,9	20,1	20,2	258,3	262,6	268,7	2,1	2,5	-3,8	0,5	1,7	2,3
Veranlagte Einkommensteuer ³⁾	16,8	26,0	28,5	-5,7	-4,8	-5,8	11,1	21,2	22,7	54,4	9,6	.	.	90,7	7,1
Nicht veranl. Steuern v. Ertrag ⁴⁾	22,2	19,5	20,0	0,6	0,7	0,7	22,8	20,2	20,7	-12,0	2,6	8,6	7,7	-11,4	2,5
Zinsabschlag ⁵⁾	11,7	12,0	14,0	0,1	0,2	0,3	11,8	12,2	14,3	2,1	16,6	7,5	67,7	2,2	17,3
Körperschaftsteuer ⁴⁾	35,1	43,5	40,5	1,1	2,0	1,8	36,2	45,5	42,3	23,9	-6,9	84,0	-10,0	25,7	-7,0
Steuern vom Umsatz ⁶⁾	231,6	246,0	254,5	18,6	20,0	21,0	250,2	266,0	275,5	6,2	3,5	7,4	5,0	6,3	3,6
Zölle							6,5	6,8	6,7						
Bundessteuern							130,5	140,6	145,6						
Mineralölsteuer							66,7	72,2	75,1						
Stromsteuer							-	3,2	4,5						
Tabaksteuer							21,7	21,9	22,0						
Branntweinabgabe							4,4	4,3	4,2						
Versicherungsteuer							14,0	13,8	13,8						
Solidaritätszuschlag							20,6	22,0	22,8						
Sonstige							3,2	3,2	3,2						
Ländersteuern	32,5	32,3	31,3	4,8	4,8	4,9	37,3	37,1	36,2	-0,6	-3,1	-1,0	-1,0	-0,5	-2,4
Kraftfahrzeugsteuer	13,0	11,5	10,5	2,1	2,0	2,1	15,1	13,5	12,6	-11,7	-8,7	-7,0	-10,0	-11,0	-8,9
Vermögensteuer	1,1	1,0	0,4	-	-	-	1,1	1,0	0,4	-5,7	-60,0	.	.	-5,7	-60,0
Sonstige	18,4	19,8	20,4	2,7	2,8	2,8	21,1	22,6	23,2	7,6	2,9	4,0	2,0	7,1	2,7
Gemeindesteuern	62,8	62,7	64,8	5,4	5,7	6,2	68,2	68,4	71,0	-0,2	3,3	5,6	8,8	0,3	3,8
Gewerbesteuer	47,4	46,8	48,4	3,1	3,3	3,7	50,5	50,1	52,1	-1,2	3,4	5,4	12,1	-0,8	4,0
Grundsteuern	14,0	14,5	15,0	2,1	2,3	2,4	16,1	16,8	17,4	3,2	3,4	8,0	4,3	3,8	3,6
Sonstige	1,4	1,4	1,4	0,1	0,1	0,1	1,5	1,5	1,5	0,4	1,1	.	.	-	-
Kassenmäßige Steuereinnahmen insgesamt	.	.	.	.	.	.	833,0	880,6	903,6	.	.	.	.	5,7	2,6
In der Abgrenzung der Finanzstatistik ⁷⁾															
dar.: Bund ⁸⁾⁹⁾¹⁰⁾¹¹⁾	-	-	-	-	-	-	353,9	386,8	396,0	.	.	.	.	9,3	2,4
Länder ⁸⁾⁹⁾¹¹⁾¹²⁾¹⁴⁾	280,3	292,3	297,6	61,9	65,0	66,4	342,2	357,3	364,0	4,3	1,8	5,0	2,2	4,4	1,9
Gemeinden ¹³⁾¹⁴⁾	87,3	89,0	91,8	7,8	7,9	8,3	95,1	96,9	100,1	1,9	3,1	1,3	5,1	1,9	3,3

¹⁾ Westdeutschland einschl. Berlin-West. — ²⁾ Ostdeutschland einschl. Berlin-Ost. — ³⁾ Beteiligungsverhältnis Bund/Länder/Gemeinden: 42,5/42,5/15 %. — ⁴⁾ Beteiligungsverhältnis Bund/Länder: 50/50 %. — ⁵⁾ Beteiligungsverhältnis Bund/Länder/Gemeinden: 44/44/12 %; Zerlegung West- und Ostdeutschland: 91/9 %. — ⁶⁾ Beteiligungsverhältnis Bund/Länder: 1998: Bund vorab 3,64 %; ab 1999 5,63 %; vom Rest: Gemeinden vorab 2,2 %; vom verbleibenden Rest: Bund/Länder: 50,5/49,5 %. Aufteilung auf West- und Ostdeutschland im Rahmen des horizontalen Finanzausgleichs. — ⁷⁾ Ohne EU-Anteile, einschl. steuerähnlicher Abgaben. In der Finanzstatistik werden West- und Ostberlin zu Westdeutschland gezählt. — ⁸⁾ USt-Verteilung Fonds Deutsche Einheit beim Bund zu-, bei den Ländern abgesetzt. — ⁹⁾ Ergänzungszuweisungen des Bundes an finanzschwache Länder beim Bund ab- und bei den Ländern zugesetzt. — ¹⁰⁾ EU-MWSt-Eigenmittel und EU-BSP-Eigenmittel abgesetzt. — ¹¹⁾ Einschl. Gewerbesteuerumlage. Beteiligungsverhältnis Bund/Länder: 50/50 %. — ¹²⁾ Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. — ¹³⁾ Ohne Gemeindesteuern der Stadtstaaten und nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ¹⁴⁾ Einschl. Beteiligung der westdeutschen Gemeinden am Fonds Deutsche Einheit über Erhöhung der Gewerbesteuerumlage an die westdeutschen Länder. — Abweichungen in den Summen durch Runden.

Quellen : Bundesministerium der Finanzen; Schätzung des DIW.

Tabelle 4

Einkommensteueraufkommen von Januar bis Juli 1998 und 1999

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1998	1999	Veränderung	1998	1999	Veränderung
	in Mrd. DM	in Mrd. DM	in %	in Mrd. DM	in Mrd. DM	in %
Kassenmäßiges Aufkommen	-0,61	5,62	.	-4,35	-4,06	.
+ Investitionszulage	0,02	0,02	-20,0	0,23	0,16	-32,2
+ Erstattungen (§ 46 EStG)	24,01	23,70	-1,3	3,71	3,57	-3,8
+ Eigenheimzulage	4,46	7,04	58,0	1,19	1,80	51,0
+ Erstattungen des Bundesamts für Finanzen	0,96	1,05	8,5	-	-	.
Bruttoaufkommen	28,84	37,42	29,7	0,78	1,46	87,9

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen des DIW.

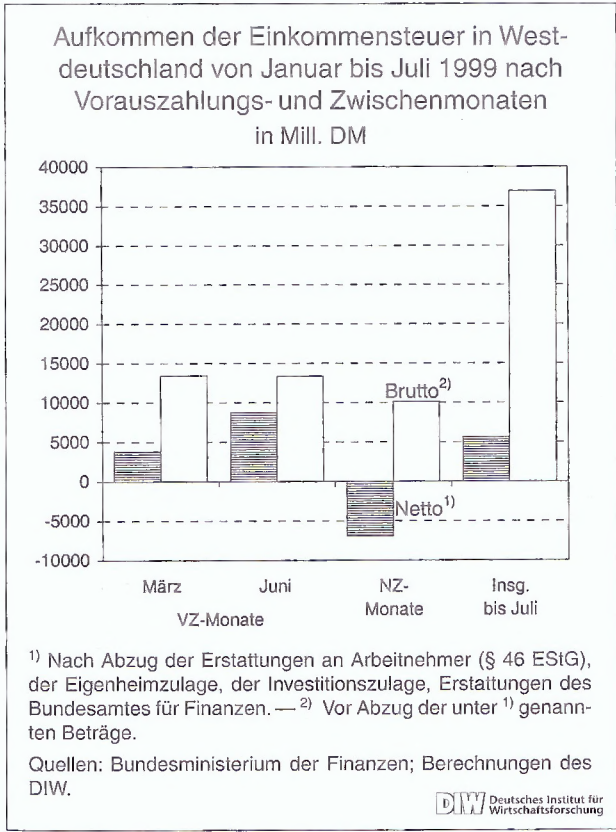
deutschland dürfte sich daraus erklären, daß der Anteil der mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gesicherten Arbeitsplätze wie der Arbeitsplätze mit niedrigen Einkommen stärker gestiegen ist. In der Schätzung ist unterstellt, daß bis zum Jahresende die Zahl der abhängig beschäftigten Arbeitnehmer etwas zunimmt und sich dies auch im Steueraufkommen niederschlägt. Dennoch wird es für das ganze Jahr zu Mindereinnahmen kommen (-3,8 %); bereinigt bedeutet dies einen Anstieg um 2,5 %. Im Jahre 2000 prägen die Mindereinnahmen aus der zweiten Stufe der Steuerreform das Bild, die stärker als in Westdeutschland zu

Buche schlagen, weil die unteren Einkommen stärker entlastet werden und der Anteil der ostdeutschen Haushalte mit niedrigem Einkommen höher ist. Das ostdeutsche Lohnsteueraufkommen wird sich daher nur wenig erhöhen.

Bis Juli haben die Einnahmen aus den *Gewinnsteuern* (veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag und Zinsabschlag) in Ost- und Westdeutschland um fast 40 % zugenommen. Allein bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer errechnet sich ein Plus von über 13 Mrd. DM bzw. 140 %. Das Aufkommen, das in den Jahren nach der deutschen Vereinigung aufgrund von steuerlichen Fördermaßnahmen erheblich geschmälert worden war, nähert sich damit wieder seinem „normalen“ Niveau.

Die deutliche Verbesserung im kassenmäßigen Aufkommen bei der *veranlagten Einkommensteuer* beruht in Westdeutschland in erster Linie darauf, daß die Rückzahlungen diesmal deutlich niedriger waren (Abbildung 2). Bis Juli beliefen sich die Kasseneingänge auf 5,6 Mrd. DM, nachdem im Vorjahr noch ein Minus zu Buche gestanden hatte. Hierbei handelt es sich insbesondere um Erstattungen an Arbeitnehmer nach § 46 EStG und um die seit 1996 aus dem Einkommensteueraufkommen geleistete Eigenheimzulage (Tabelle 4 und Abbildung 3). Bereinigt man das kassenmäßige Aufkommen um die Erstattungsbeträge, so bleibt ein kräftiges Plus (30 %). Neben den genannten Faktoren ist diese Entwicklung auch auf die Gewinnexpansion zurückzuführen. Im weiteren Verlauf des Jahres wird die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage durch den beschlossenen Abbau von Steuervergünstigungen verstärkt greifen, so daß ein Zuwachs von über 50 % erwartet werden kann. Für das kommende Jahr kann nochmals mit einem kräftigen Anstieg gerechnet werden (10 %), obwohl die Erstattungen an Arbeitnehmer und die Auszahlung der Eigenheimzulage erneut deutlich zunehmen dürften. Die für das Jahr 2000 beschlossenen Tarifsenkungen werden durch den weiteren Abbau von Steuervergünstigungen bei der Einkommensteuer mehr als ausgeglichen.

Abbildung 3



Auch in Ostdeutschland hat sich bei der veranlagten Einkommensteuer eine Verbesserung abgezeichnet. Zwar registrierten die Finanzämter bis Juli ein Minus von über 4 Mrd. DM, doch waren dies fast 300 Mill. DM weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Einnahmen reichen aber nach wie vor nicht aus, um daraus die Investitionszulagen, die Erstattungen an Arbeitnehmer nach § 46 EStG und die Eigenheimzulage zu finanzieren, zumal diese Zahlungen bis Juli um 450 Mill. DM gestiegen waren. Am Jahresende dürfte ein Minus von 4,8 Mrd. DM zu Buche stehen. Bereinigt um die Erstattungsbeträge ergibt sich fast eine Verdoppelung des Aufkommens (Tabelle 3). Im Jahre 2000 wird sich das Bruttoeinkommen weiter kräftig erhöhen, gleichwohl dürfte das Minus in der Kasse größer werden (5,8 Mrd. DM). Ausschlaggebend sind die höheren Investitionszulagen; sie sind mit dem Gesetz zur Fortsetzung der wirtschaftlichen Förderung in den neuen Ländern bei zum Teil merklicher Erhöhung der Fördersätze verlängert worden. Die Auszahlungen dürften die Einnahmen aus der Einkommensteuer im Jahre 2000 zusätzlich um fast 1½ Mrd. DM schmälern.

Das *Körperschaftsteueraufkommen* in Westdeutschland wird wesentlich durch Sonderfaktoren bestimmt, die sich 1998 im Zusammenhang mit der letztmaligen Möglichkeit zur Ausschüttung von einbehaltenen Gewinnen, die ehemals noch mit 50 % versteuert wurden (EK50), ergeben hatten. Dadurch war es 1998 zu erheblichen Rückzahlungen gekommen, da Ausschüttungen nur mit 30 % besteuert werden und die Differenz den Unternehmen vom Finanzamt erstattet wurde. In diesem Jahr gab es diesen Sondereffekt nicht mehr. Die Folge war eine starke Zunahme des kassenmäßigen Aufkommens bis Juli (im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 45 %); bereinigt um die aus dem Aufkommen gezahlten Investitionszulagen und die Erstattungen des Bundesamts für Finanzen, die insgesamt rückläufig waren, ergibt sich eine Zunahme um 35 %. Der Abbau von Steuervergünstigungen, der in den vergangenen Jahren beschlossen worden war, aber auch das Steueränderungsgesetz 1999/2000/2002 haben sich bereits im Körperschaftsteueraufkommen niedergeschlagen. Insgesamt ist im Jahresdurchschnitt ein Zuwachs des Kassenaufkommens von fast einem Viertel zu erwarten. Im Jahre 2000 dürften sich die Vorauszahlungen im Tempo der Gewinnentwicklung bewegen. Die Nachzahlungen aus früheren Veranlagungsjahren, die in diesem Jahr vergleichsweise hoch waren, werden wohl deutlich geringer ausfallen, da die Vorauszahlungen inzwischen an die verbesserten Gewinne angepaßt worden sind. Alles in allem muß mit einem Minus im Kassenaufkommen der Körperschaftsteuer um 7 % gerechnet werden.

In Ostdeutschland hat sich die positive Entwicklung im Körperschaftsteueraufkommen fortgesetzt; seit 1997 ist das Aufkommen — nach Abzug der Investitionszulagen und der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen — positiv, mit deutlich steigender Tendenz. Bis Juli haben die

kassenmäßigen Einnahmen um 700 Mill. DM oder 135 % zugenommen. Allein 200 Mill. DM davon können den rückläufigen Erstattungsbeträgen zugerechnet werden; bereinigt war der Anstieg deutlich niedriger (35 %). Auch in Ostdeutschland machen sich die Auswirkungen der Steuergesetze immer mehr bemerkbar. Insgesamt ist für 1999 mit einem Plus von 45 % zu rechnen. Im Jahre 2000 dürfte das Bild etwas anders aussehen, weil auch hier die Fortführung der Ostförderung zu Steuerausfällen führen wird. Kassenmäßig wird es im Jahre 2000 voraussichtlich zu einer Abnahme um 10 % kommen.

Bei den *nicht veranlagten Steuern vom Ertrag* war für 1999, nachdem es im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit der Ausschüttung des EK50 zu beträchtlichen Mehreinnahmen gekommen war, ein deutlicher Rückgang erwartet worden. Bis Juli wurde diese Annahme allerdings durch die tatsächlichen Kasseneingänge nur teilweise bestätigt; offenbar sind aufgrund der guten Gewinnentwicklung doch mehr Dividenden an die Anteilseigner ausgeschüttet worden, als unterstellt worden war. Für 1999 wird insgesamt mit einem Minus von 11½ % gerechnet. Für das Jahr 2000 wird wieder eine leichte Zunahme prognostiziert (2½ %).

Bei den *Steuereingängen aus dem Zinsabschlag* in Deutschland gab es in den Monaten Januar bis Juli 1999 das erste Mal seit 1996 wieder eine Zunahme, allerdings war sie nur gering (1,6 %). An dieser Entwicklung wird sich bis zum Jahresende kaum etwas ändern. Im kommenden Jahr wird es aufgrund von Steuerrechtsänderungen indes zu erheblichen Mehreinnahmen kommen (18 %): Vom 1. Januar 2000 an werden die Sparerfreibeträge halbiert, und zwar auf 3 000/6 000 DM (ledig/verheiratet).

Die *Steuern vom Umsatz* in Deutschland haben in den ersten sieben Monaten mit knapp 7 % deutlich stärker expandiert als die gesamtwirtschaftlichen Bemessungsgrundlagen. Die zum 1. April 1998 in Kraft getretene Erhöhung des Normalsatzes — von 15 auf 16 % — hat sich in den ersten vier Monaten dieses Jahres im Vergleich zum entsprechen Vorjahreszeitraum voll niedergeschlagen. Hinzu kommen Mehreinnahmen aufgrund von Steuerrechtsänderungen in Höhe von 3 Mrd. DM in diesem und 4,2 Mrd. DM im nächsten Jahr. So ist beispielsweise der Vorsteuerabzug aus Aufwendungen für Pkw gesenkt worden, die nicht ausschließlich betrieblich genutzt werden (Mehreinnahmen 1999: 0,9 Mrd. DM; 2000: 1,4 Mrd. DM). Weiterhin ist der Vorsteuerabzug der Arbeitgeber aus den Reise- und Umzugskosten der Arbeitnehmer gestrichen worden (1999: + 0,7 Mrd. DM; 2000: + 0,8 Mrd. DM), und auch die Besteuerung für land- und forstwirtschaftliche Betriebe nach Durchschnittssätzen wurde reduziert (Mehreinnahmen 1999: 0,5 Mrd. DM; 2000: 0,8 Mrd. DM). Insgesamt dürften die Einnahmen aus der Umsatzsteuer um 6,3 % bzw. 3,5 % steigen.

Die Entwicklung der reinen *Bundessteuern* wird durch den Einstieg in die ökologische Steuerreform geprägt.

Zum 1. April wurde eine Stromsteuer eingeführt, und die Steuersätze für Mineralölprodukte sind deutlich heraufgesetzt worden. Die Mehreinnahmen werden in diesem Jahr auf 8,4 Mrd. DM geschätzt (2000: gut 13 Mrd. DM). Da sich auch die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag wegen der positiven Entwicklung bei den Gewinnsteuern kräftig erhöhen werden, kommt es 1999 zu einem deutlichen Anstieg der Bundessteuern (7,7 %). Im Jahre 2000 dürften es fast 4 % sein.

Die *Ländersteuern* werden in beiden Jahren etwas zurückgehen. Dies hängt einmal mit der Abschaffung der Vermögensteuer zum 1. Januar 1997 zusammen. Diese Steuer erbringt aus den Veranlagungen für frühere Jahre noch immer überraschend hohe Einnahmen, die allerdings schon geringer werden. Hinzu kommen kräftige Mindereinnahmen bei der Kfz-Steuer, die aus der Reform zum 1. Juli 1997 resultieren. Der Anteil der hochversteuerten Fahrzeuge (ohne Katalysator) nimmt deutlich ab, während der der gering besteuerten Fahrzeuge (mit Katalysator) mehr und mehr an Gewicht gewinnt.

Bei den *Gemeindesteuern* hat die Gewerbesteuer das mit Abstand höchste Gewicht. Für das Aufkommen der Gewerbesteuer in Westdeutschland wird in diesem Jahr mit einem leichten Rückgang gerechnet (–1 %). Nachdem die Vorauszahlungen in den letzten beiden Jahren weitgehend an die Unternehmensgewinne angepaßt worden sind, ist zu erwarten, daß die Nachzahlungsbeträge nun deutlich niedriger ausfallen. Die moderat steigenden Vorauszahlungen werden den Rückgang bei den Nachzahlungen nicht ausgleichen können. Im Jahre 2000 dürfte das Aufkommen dann wieder im Tempo der Unternehmensgewinne steigen (3½ %). In Ostdeutschland wird sich die positive Entwicklung im Jahre 1999 fortsetzen (5½ %). Darauf deutet die Aufkommensentwicklung im ersten Quartal dieses Jahres hin. Auch im Jahre 2000 sind Mehreinnahmen zu erwarten. Insgesamt dürften die Gemeindesteuern in Deutschland 1999 stagnieren, im Jahre 2000 indes um 4 % zunehmen.

Alles in allem können Bund, Länder, Gemeinden und EU im Jahre 1999 mit einem kräftigen Zuwachs ihrer Steuereinnahmen rechnen (5,7 %); dies entspricht einem Steueraufkommen von rund 880 Mrd. DM. Im nächsten Jahr wird die Zunahme mit 2,6 % aber deutlich schwächer ausfallen. Verglichen mit den Ergebnissen des „Arbeitskreises Steuerschätzung“ vom Mai 1999 bedeutet dies Mehreinnahmen von fast 4 Mrd. DM in diesem Jahr, während es im Jahre 2000 vermutlich etwas weniger sein werden (–0,6 Mrd. DM); in der vorliegenden Schätzung ist ein niedrigeres Wirtschaftswachstum unterstellt. Die Lücke wird sich noch erhöhen, wenn — wie angekündigt — das Karlsruher Urteil zur Familienbesteuerung umgesetzt wird.

Die übrigen Einnahmen der Gebietskörperschaften dürften sich rückläufig entwickeln. So entfällt der Sondereffekt vom letzten Jahr, als die Bundesbank aufgrund ei-

ner marktnäheren Bewertung der Devisenreserven einen überdurchschnittlich hohen Gewinn an den Bundeshaushalt abführte. Allerdings wurde davon ein großer Teil — 10 Mrd. DM — dem Erblastentilgungsfonds zugeführt; dem Bund selbst verblieben 7 Mrd. DM. In diesem Jahr beträgt die Ausschüttung 13,8 Mrd. DM; davon werden 6,8 Mrd. DM an den Erblastentilgungsfonds überwiesen.

Die Preise für die gebührenpflichtigen öffentlichen Güter werden sowohl 1999 als auch 2000 nur wenig steigen, da infolge der schwachen Wirtschafts- und Einkommensentwicklung die Spielräume für Preiserhöhungen begrenzt, aber auch die Kostensteigerungen mäßig sind.¹ Die Verkäufe von Sachvermögen der Länder und Kommunen werden auf hohem Niveau verharren, weil damit niedrige Defizite bzw. ein Haushaltsausgleich angestrebt werden; längst verkaufen die Kommunen ihr Grundvermögen nicht mehr nur aus stadtentwicklungspolitischen Gründen. Der Bund kann in diesem Jahr nochmals hohe Privatisierungserlöse erwarten, da die ursprünglich für 1998 geplanten Beträge erst in diesem Jahr realisiert werden (Postbank, Telekom). Von den Privatisierungserlösen muß allerdings erstmals ein Teil zur Finanzierung des Defizits der Postunterstützungskassen verwendet werden. Der Bund hat sich verpflichtet, die dort aufgelaufenen Fehlbeträge in Höhe von 8 Mrd. DM auszugleichen. Für 1999 sind u. a. folgende Verkäufe von Bundesvermögen vorgesehen:

Postverkauf	6,9 Mrd. DM
Verkauf Postbank	4,3 Mrd. DM
Veräußerung der Anteile der Telekom	4,5 Mrd. DM
Verkauf der Deutschen Ausgleichs- und Siedlungsbank	1,4 Mrd. DM
Verkauf von Wohnungsbaugesellschaften	1,4 Mrd. DM
Privatisierung von Flughafengesellschaften	0,4 Mrd. DM

Darüber hinaus plant der Bund, seine Forderungen gegenüber der Deutschen Bahn in Höhe von 6 Mrd. DM an eine Bank im Besitz des Bundes zu verkaufen. Im kommenden Jahr wird die Ausschüttung der Zentralbank deutlich geringer ausfallen; in der hier vorgelegten Schätzung sind 10 Mrd. DM angesetzt. Ebenso werden die Erlöse aus den Vermögensverkäufen kräftig zurückgehen, allein beim Bund von 27 Mrd. DM auf 9 Mrd. DM. Auch die Länder, dies gilt insbesondere für Berlin und die Gemeinden, haben inzwischen einen großen Teil des „Tafelsilbers“ veräußert, so daß die Verkaufserlöse merklich schrumpfen werden.

¹ Die sinkenden Gebühreneinnahmen der Kommunen in den vergangenen Jahren sind auf die Ausgliederung von Gebühreneinrichtungen aus den Gemeindehaushalten zurückzuführen. Der Deutsche Städtetag schätzt diesen Ausgliederungseffekt für 1998 auf etwa 5 %. Vgl. H. Karrenberg und E. Münstermann: Gemeindefinanzbericht 1999. In: der städtetag, Nr. 4/1999, S. 185.

Ausgaben 1999 und 2000

Die Entwicklung der Ausgaben in diesem und im nächsten Jahr wird abermals vom Rotstift geprägt, wenngleich dies aufgrund von Sonderfaktoren 1999 nicht in der Zuwachsrate (4 %) zum Ausdruck kommt. Im Jahre 2000 ist mit einer Stagnation der Ausgaben zu rechnen (Tabelle 5).

Die Sonderfaktoren werden im Bundeshaushalt wirksam. So fallen 1999 zusätzliche Ausgaben dadurch an, daß das Defizit der Postunterstützungskassen in Höhe von 8 Mrd. DM ausgeglichen wird. Noch stärker schlagen die zusätzlichen Zuschüsse an die gesetzliche Rentenversicherung zu Buche (15 Mrd. DM). Hierfür werden 9 Mrd. DM aus den Einnahmen der Ökosteuerreform und 6 Mrd. DM aus der Umsatzsteuererhöhung vom 1. April 1998 verwendet; die Steuern vom Umsatz sind seinerzeit angehoben worden, um den Bundeszuschuß an die Rentenversicherung aufzustocken.

Nach den zurückhaltenden Abschlüssen der Vorjahre sind die Tarife im öffentlichen Dienst zum 1.4.1999 um 3,1 % angehoben worden; der Zuwachs blieb, anders als in den Vorjahren, nur wenig hinter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt zurück. Auf allen Haushaltsebenen dürfte sich der Stellenabbau fortsetzen. In der Schätzung ist unterstellt, daß der Personalstand sowohl 1999 als

auch 2000 um 1 % sinkt, die Zahl der Beschäftigten also nochmals um insgesamt 80 000 zurückgehen wird. Im nächsten Jahr sind etwas niedrigere Tarifierhöhungen als 1999 zu erwarten. Von nachrangiger Bedeutung sind die Mehrbelastungen infolge des Auslandseinsatzes der Bundeswehr; in der Schätzung ist hierfür eine halbe Milliarde DM angesetzt. Per saldo dürften die Personalausgaben um 1,5 % (1999) bzw. 1,2 % (2000) zunehmen.

Die laufenden Sachaufwendungen werden in diesem Jahr mit 2,5 % stärker als in den Jahren zuvor steigen. Ein Grund hierfür sind die Kosten für die Prägung des Euro, für die 800 Mill. DM zu Buche stehen; aber auch der Regierungsumzug erfordert Mehrausgaben. Darüber hinaus werden die Ausgaben für militärische Beschaffungen überdurchschnittlich erhöht. Im Jahre 2000 kann — trotz der zusätzlichen Belastungen für den Auslandseinsatz der Bundeswehr — mit einem Rückgang der Sachausgaben gerechnet werden, nicht zuletzt deshalb, weil ein (kleinerer) Teil des Sparpakets der Bundesregierung eine Kürzung dieser Ausgaben vorsieht.

Infolge der verringerten Neuverschuldung in den letzten Jahren wie auch der niedrigen Zinsen auf den Geld- und Kapitalmärkten hat sich der Anstieg der Zinsausgaben spürbar verlangsamt (Abbildung 4). Eine Rolle spielte auch, daß hochverzinsliche Altschulden durch niedrigverzinsliche Kredite ersetzt wurden, wobei sich der Staat wegen der niedrigeren Geldmarktzinsen zunehmend kurzfristig verschuldet. Dieser Trend dürfte auch im nächsten Jahr anhalten. Die Zinsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden werden voraussichtlich um jeweils 2½ % steigen.

Die Entwicklung der laufenden Transferausgaben wird in diesem Jahr durch die genannten Sonderfaktoren geprägt. Bereinigt um diesen Effekt nehmen die Transfers wohl nur um 2 % zu. Hierin enthalten sind die Ausgaben für zusätzliche Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik. Da aber die Arbeitslosigkeit etwas gesunken ist, kann in diesem Jahr mit Minderausgaben für die Arbeitslosenhilfe in Höhe von 2½ Mrd. DM gerechnet werden. Nachdem die Ausgaben für die Sozialhilfe in den letzten Jahren rückläufig waren — entlastend wirkten hier vor allem die Pflegeversicherung, daneben aber auch die Anstrengungen der Kommunen, arbeitslose Sozialhilfeempfänger zu beschäftigen —, wird für dieses Jahr ein moderater Zuwachs prognostiziert, weil es zu keinen weiteren dämpfenden Effekten kommt. Im nächsten Jahr werden die Kommunen wohl erhebliche Mehrausgaben einkalkulieren müssen, da ihnen wegen der Kürzungen des Bundes bei der Arbeitslosenhilfe und beim pauschalierten Wohngeld zusätzliche Lasten aufgebürdet werden. Insgesamt dürften die laufenden Transferausgaben stagnieren. Hingegen werden die Vermögensübertragungen in beiden Jahren voraussichtlich sinken — jeweils um 3 % —, weil die Maßnahmen der Wirtschaftsförderung zurückgeführt werden.

Abbildung 4

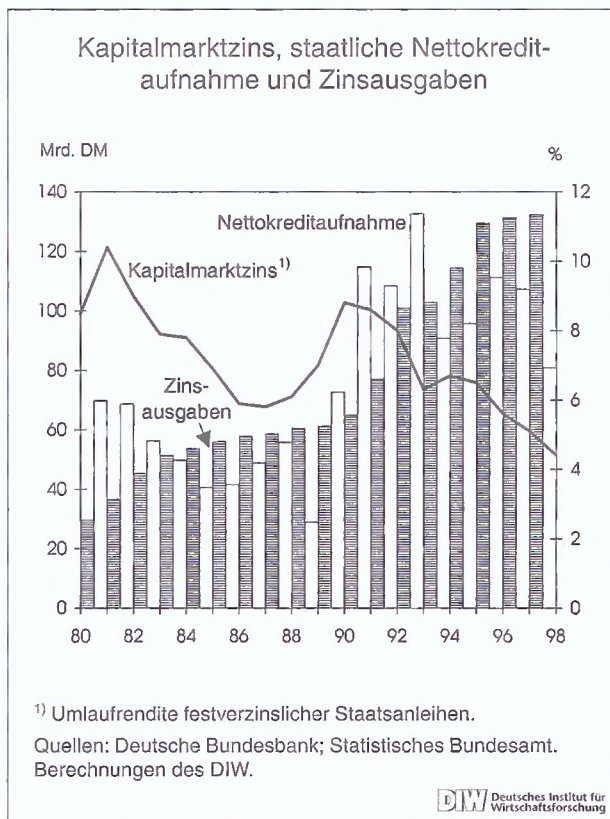


Tabelle 5

Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften¹⁾

	Bund ²⁾³⁾			Sondervermögen ⁴⁾			Länder ²⁾						Gemeinden						Insgesamt		
							Westdeutschland ²⁾			Ostdeutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland					
	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000
	Ist	Schätzung		Ist	Schätzung		Ist	Schätzung		Ist	Schätzung		Ist	Schätzung		Ist	Schätzung		Ist	Schätzung	
Mrd. DM																					
Einnahmen	429,9	455,5	442,6	90,8	54,7	47,2	364,9	377,4	380,4	95,4	98,8	100,3	230,9	233,8	238,9	50,2	50,8	51,9	1 030,8	1 075,5	1 065,9
Steuern u.ä.	353,9	386,8	396,0	—	—	—	280,3	292,3	297,6	61,9	65,0	66,4	87,3	89,0	91,8	7,8	7,9	8,3	791,2	841,0	860,1
Zahlungen von Gebietskörperschaften	4,5	4,5	4,5	63,0	26,1	24,4	36,2	35,9	35,8	19,2	19,0	18,7	64,8	66,0	67,3	30,8	31,1	31,5	—	—	—
Länderfinanzausgleich	—	—	—	—	—	—	6,7	6,7	6,9	6,1	6,2	6,3	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Einnahmen aus wirtsch. Tätigkeit	26,8	18,8	14,2	—	—	—	7,8	7,9	8,0	0,8	0,9	0,9	12,6	12,7	12,9	2,3	2,3	2,4	50,3	42,6	38,4
Gebühren u.ä.	7,1	7,1	7,2	—	—	—	8,4	8,6	8,8	1,0	1,0	1,1	29,9	30,1	30,5	4,4	4,5	4,6	50,8	51,3	52,2
Veräußerung von Vermögen ⁵⁾	26,4	27,0	9,2	1,5	4,2	0,5	7,7	8,0	5,0	0,4	0,4	0,4	13,1	12,5	12,5	3,1	3,2	3,2	52,2	55,3	30,8
Sonstige Einnahmen	11,2	11,3	11,5	26,3	24,4	22,3	17,8	18,0	18,3	6,0	6,3	6,5	23,2	23,5	23,9	1,8	1,8	1,9	86,3	85,3	84,4
Ausgaben	486,5	506,0	494,4	67,1	45,4	40,2	385,5	391,3	396,5	102,9	104,0	105,4	225,3	230,2	237,0	51,0	51,1	52,2	1 086,7	1 130,0	1 129,6
Personalausgaben	52,1	52,8	53,5	15,7	15,5	15,0	152,6	155,9	157,8	26,3	26,9	27,2	60,9	62,6	63,8	15,3	15,3	15,3	322,9	329,0	332,6
Laufender Sachaufwand	38,6	41,0	38,5	0,4	0,3	0,3	37,1	37,4	37,8	7,8	7,8	7,8	41,8	42,5	43,4	9,6	9,6	9,6	135,3	138,6	137,4
Zinsausgaben	56,2	81,0	83,3	30,0	8,2	8,1	31,2	32,0	32,7	5,3	5,5	5,8	9,2	9,1	9,0	1,7	1,7	1,7	133,0	136,9	140,0
dar. an Gebietskörperschaften	—	—	—	—	—	—	0,3	0,3	0,3	—	—	—	0,3	0,3	0,3	—	—	—	—	—	—
Laufende Übertragungen	281,1	272,9	265,0	5,2	6,9	4,8	117,2	119,5	122,5	36,1	37,3	38,7	71,4	72,8	76,3	10,5	11,0	12,1	335,6	366,9	367,0
Gebietskörperschaften	23,9	24,1	24,0	—	—	—	54,6	56,0	57,7	24,3	24,9	25,5	6,9	6,9	6,9	0,2	0,2	0,2	—	—	—
Länderfinanzausgleich	—	—	—	—	—	—	12,8	12,9	13,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sondervermögen	62,9	26,0	24,3	—	—	—	0,1	0,1	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sozialversicherungen	121,0	144,0	138,5	1,6	1,5	1,5	0,5	0,5	0,5	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	123,5	146,4	140,9
Soziale Leistungen	48,5	45,7	44,5	0,3	0,3	0,3	14,4	14,7	15,3	2,7	3,0	3,5	44,8	45,7	48,5	6,4	6,7	7,5	117,1	116,1	119,6
Unternehmen	18,3	26,5	26,5	3,1	2,7	2,5	20,5	20,8	21,0	6,1	6,3	6,5	4,9	5,0	5,2	1,9	2,0	2,1	54,8	63,3	63,8
Ausland	5,0	5,2	6,0	—	—	—	1,2	1,2	1,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,2	6,4	7,2
Soziale Einrichtungen	1,5	1,4	1,2	—	—	—	11,5	11,7	11,9	2,2	2,3	2,4	9,9	10,2	10,6	1,5	1,6	1,7	26,6	27,2	27,8
Sonstige	0,0	0,0	0,0	—	—	—	1,6	1,6	1,6	0,7	0,7	0,7	4,7	4,8	4,9	0,4	0,4	0,5	7,4	7,5	7,7
Sachinvestitionen	13,5	14,0	12,0	—	—	—	11,0	10,7	10,5	4,1	4,0	4,0	34,8	35,8	37,0	12,9	12,5	12,5	76,3	77,0	76,0
Vermögensübertragungen	35,9	35,0	34,1	2,3	1,5	1,0	29,2	28,7	28,2	22,0	21,2	20,6	3,9	4,0	4,1	0,6	0,6	0,6	50,7	49,0	47,4
Gebietskörperschaften	20,5	19,8	19,4	—	—	—	11,9	11,7	11,5	10,3	10,0	9,8	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	—	—	—
Sondervermögen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ausland	3,9	3,8	3,7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,9	3,8	3,7
Sonstige	11,5	11,4	11,0	2,3	1,5	1,0	17,3	17,0	16,7	11,7	11,2	10,8	3,6	3,7	3,8	0,4	0,4	0,4	46,8	45,2	43,7
Darlehen, Beteiligungen, Tilgungen	9,1	9,3	8,0	13,4	13,0	11,0	7,2	7,1	7,0	1,3	1,3	1,3	3,3	3,4	3,4	0,4	0,4	0,4	32,8	32,6	29,2
dar. an Gebietskörperschaften	1,0	1,0	1,0	—	—	—	0,9	0,9	0,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Finanzierungssaldo	-56,6	-50,5	-51,8	23,9	9,5	7,2	-20,6	-13,9	-16,1	-7,5	-5,2	-5,1	5,6	3,6	1,9	-0,8	-0,3	-0,3	-55,9	-54,5	-63,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %																					
Einnahmen	9,6	6,0	-2,8	16,1	-39,8	-13,7	3,0	3,4	0,8	1,4	3,6	1,5	4,0	1,3	2,2	-3,1	1,2	2,2	5,7	4,3	-0,9
Steuern u.ä.	3,1	9,3	2,4	—	—	—	4,9	4,3	1,8	2,3	5,0	2,2	7,9	1,9	3,1	14,7	1,3	5,1	4,3	6,3	2,3
Ausgaben	6,8	4,0	-2,3	2,7	-32,3	-11,5	1,0	1,5	1,3	-0,8	1,1	1,3	-0,5	2,2	3,0	-4,7	0,2	2,2	1,7	4,0	0,0
Personalausgaben	-0,8	1,3	1,3	-1,7	-1,5	-3,2	1,3	2,2	1,2	0,0	2,3	1,1	0,2	2,8	1,9	-2,5	0,0	0,0	0,3	1,9	1,1
Laufender Sachaufwand	1,3	6,2	-6,1	-45,9	-25,0	0,0	0,8	0,8	1,1	0,0	0,0	0,0	0,0	1,7	2,1	-2,0	0,0	0,0	0,2	2,4	-0,9
Zinsausgaben	5,2	44,1	2,8	-6,8	-72,7	-1,2	2,6	2,6	2,2	8,2	3,8	5,5	-2,1	-1,1	-1,1	0,0	0,0	0,0	1,1	2,9	2,3
Laufende Übertragungen	10,8	-2,9	-2,9	-0,4	31,9	-30,4	1,1	2,0	2,5	0,6	3,3	3,8	0,4	2,0	4,8	-1,9	4,8	10,0	4,2	9,3	0,0
Gebietskörperschaften	3,0	0,8	-0,4	—	—	—	0,0	2,6	3,0	-0,9	2,5	2,4	-2,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	—	—	—
Sozialversicherungen	11,1	19,0	-3,8	18,5	-6,3	0,0	66,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	11,3	18,5	-3,8
Soziale Leistungen	-1,4	-5,8	-2,6	-25,0	0,0	0,0	2,1	2,1	4,1	17,4	11,1	16,7	-1,5	2,0	6,1	-1,5	4,7	11,9	-0,8	-0,9	3,0
Unternehmen	1,7	44,8	0,0	-5,2	-13,7	-7,4	19,2	1,5	1,0	24,5	3,3	3,2	2,1	2,0	4,0	11,8	5,3	5,0	9,9	15,4	0,8
Sachinvestitionen	10,7	3,7	-14,3	—	—	—	-3,5	-2,7	-1,9	0,0	-2,4	0,0	-2,5	2,9	3,4	-3,0	-3,1	0,0	-0,5	0,9	-1,3
Vermögensübertragungen	11,8	-2,5	-2,6	—	-34,8	-33,3	-3,6	-1,7	-1,7	-3,9	-3,6	-2,8	-7,1	2,6	2,5	-71,4	0,0	0,0	6,5	-3,4	-3,3
Darlehen, Beteiligungen, Tilgungen	-34,1	2,2	-14,0	24,1	-3,0	-15,4	18,0	-1,4	-1,4	-27,8	0,0	0,0	-2,9	3,0	0,0	—	0,0	0,0	-3,0	-0,6	-10,4

¹⁾ In der Abgrenzung der Finanzstatistik, ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen. — ²⁾ Ergänzungszuweisungen an die finanzschwachen Länder vom Steueraufkommen des Bundes ab- und dem der Länder zugesetzt; Anteile aus der Mineralölsteuer im Zuge der Regionalisierung des Personennahverkehrs als Zuweisungen des Bundes an die Länder gebucht. — ³⁾ Die Gewinnabführung der Bundesbank ist in voller Höhe beim Bund als Einnahme ausgewiesen; die Differenz zu 7 Mrd. DM wird als Übertragung an den Erblastentilgungsfonds gebucht. — ⁴⁾ Vgl. Tabelle 5. — ⁵⁾ Einschließlich Berlin. — ⁶⁾ Sachvermögen und Beteiligungen. — Abweichungen in den Summen durch Runden.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Schätzung des DIW.

Tabelle 6

Einnahmen und Ausgaben der Sondervermögen des Bundes

	Fonds Deutsche Einheit			Eisenbahnvermögen			Erblastentilgungsfonds			Sonstige Fonds ¹⁾			Insgesamt		
	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000
	Ist	Schätzung		Ist	Schätzung		Ist	Schätzung		Ist	Schätzung		Ist	Schätzung	
	Mrd. DM														
Einnahmen	6,6	6,6	6,6	25,0	19,2	18,6	40,7	11,7	5,3	18,7	17,4	16,9	90,8	54,7	47,2
Steuerähnliche Abgaben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zuweisungen von Gebietskörperschaften	6,6	6,6	6,6	17,0	9,3	12,1	38,5 ²⁾	9,5 ⁴⁾	5,0	0,9	0,7	0,7	63,0	26,1	24,4
Sondervermögen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,2	0,2	0,2	—	—	—
Veräußerung von Vermögen	—	—	—	1,5	4,2	0,5	—	—	—	—	—	—	1,5	4,2	0,5
Sonstige	—	—	—	6,5	5,7	6,0	2,2	2,2	0,3	17,6	16,5	16,0	26,3	24,4	22,3
Ausgaben	5,9	5,7	5,6	25,0	19,2	18,6	16,5	2,2	0,3	19,7	18,3	15,7	67,1	45,4	40,2
Personalausgaben	—	—	—	15,7	15,5	15,0	—	—	—	—	—	—	15,7	15,5	15,0
Laufender Sachaufwand	—	—	—	0,2	0,2	0,2	0,1	—	—	0,1	0,1	0,1	0,4	0,3	0,3
Zinsausgaben	5,9	5,7	5,6	5,1 ⁴⁾	—	—	16,4 ⁴⁾	—	—	2,6	2,5	2,5	30,0	8,2	8,1
Laufende Zuweisungen an Gebietskörperschaften	—	—	—	3,9	3,5	3,4	0,0	2,2	0,3	1,3	1,2	1,1	5,2	6,9	4,8
Sondervermögen	—	—	—	—	—	—	—	2,2	0,3	—	—	—	—	2,2	0,3
Sozialversicherungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,2	0,2	0,2	—	—	—
Renten, Unterstützungen	—	—	—	1,6	1,5	1,5	—	—	—	—	—	—	1,6	1,5	1,5
Unternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Sonstige	—	—	—	2,3	2,0	1,9	—	—	—	0,8	0,7	0,6	3,1	2,7	2,5
Vermögensübertragungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Darlehen u.a.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,3	1,5	1,0	2,3	1,5	1,0
Saldo	0,7 ³⁾	0,9 ³⁾	1,0 ³⁾	0,0	0,0	0,0	24,2 ³⁾	9,5 ³⁾	5,0 ³⁾	—1,0	—0,9	1,2	23,9	9,5	7,2

1) ERP, LAF, Entschädigungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle. — 2) Einschließlich Mehreinnahmen Bundesbankgewinn. — 3) Überschüsse werden zur Tilgung verwendet. — 4) Von 1999 an werden die Zinszahlungen direkt aus dem Bundeshaushalt geleistet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Schätzung des DIW.

Bei den Sachinvestitionen zeichnet sich ein Ende der Talfahrt ab. Ausschlaggebend hierfür ist die verbesserte Finanzlage insbesondere der westdeutschen Gemeinden, die ihnen Spielraum für vermehrte Investitionsausgaben gibt; doch wird dieser Effekt wohl durch verminderte Investitionszuschüsse der Länder geschmälert. Im Unterschied zum Bund und den Ländern können die Gemeinden ihre Investitionsausgaben nur in sehr engen Grenzen über Kredite finanzieren. Kreditfinanzierung ist um so eher möglich, je höher die „dauerhafte Leistungsfähigkeit“, d. h. die künftige Steuerkraft der Gemeinden von den aufsichtsführenden Ländern veranschlagt wird. Auch der Bund stockt in diesem Jahr seine Investitionsausgaben auf. Im nächsten Jahr wird er allerdings wieder den Rotstift ansetzen, denn das Sparpaket sieht auch eine Kürzung der investiven Ausgaben vor. Diese Kürzungen dürften stärker ausfallen als die kommunalen Mehrausgaben.

Entwicklung nach Haushaltsebenen

Trotz der moderaten Ausgabenentwicklung werden die Defizite der Gebietskörperschaften (in der Abgrenzung

der Finanzstatistik) 1999 nur um knapp 2 Mrd. DM auf 54 Mrd. DM zurückgehen. Allerdings verbirgt sich dahinter eine differenzierte, durch Sonderfaktoren geprägte Entwicklung. Während sich die Finanzlage von Bund, Ländern und Gemeinden weiter verbessert und die Fehlbeträge um 14 Mrd. DM sinken, werden die *Sondervermögen des Bundes* sehr viel geringere Überschüsse erzielen, nach 24 Mrd. DM im Vorjahr voraussichtlich nur knapp 10 Mrd. DM (Tabelle 6). Auch im Jahre 2000 sind Sonderfaktoren wirksam, die eine Verbesserung der Finanzlage verhindern und das Ausmaß der restriktiven Haushaltsführung unterzeichnen. Das Defizit der Gebietskörperschaften wird auf fast 64 Mrd. DM geschätzt.

In diesem Jahr dürfte das Defizit im *Bundeshaushalt* mit 50 Mrd. DM niedriger als veranschlagt ausfallen. Die hohen Steuermehreinnahmen (33 Mrd. DM) sind vor allem Folge der höheren Besteuerung der Energieträger; diese zusätzlichen Einnahmen werden der Rentenversicherung zugeleitet. Auch die niedrigere Gewinnausschüttung der Bundesbank schlägt sich nicht im Defizit nieder, da in gleichem Maße der Zuschuß des Bundes an den

Erblastentilgungsfonds sinkt. Mit einem Teil der Privatisierungserlöse und Dividendeneinnahmen wird das Defizit der Postunterstützungskasse finanziert. Kräftig steigen die Zinsausgaben des Bundes. Dies resultiert vornehmlich daraus, daß die Zinsverpflichtungen aus dem Erblastentilgungsfonds und dem Bundeseisenbahnvermögen in diesem Jahr in den Haushalt des Bundes integriert worden sind, der Bund nunmehr unmittelbar für den Zinsdienst verantwortlich ist. Im kommenden Jahr dürfte der Bund seine Ausgaben infolge der Wirkungen des Sparpakets um 12 Mrd. DM bzw. reichlich 2 % senken. Zu Einsparungen kommt es insbesondere bei den Zuweisungen an die Sozialversicherung (Bundesanstalt für Arbeit), aber auch beim laufenden Sachaufwand und bei den Sachinvestitionen.

In der hier vorgelegten Schätzung ist unterstellt, daß die *Länder* in West wie in Ost an ihrer restriktiven Ausgabenpolitik festhalten. Dies bedeutet vor allem, daß sie ihren Personalstand weiter verringern werden. Überdurchschnittlich werden die Zuschüsse im kommunalen Finanzausgleich expandieren, da diese an die Entwicklung der Steuereinnahmen der Länder gekoppelt sind. In der Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben dürfte es nur geringe Unterschiede zwischen West und Ost geben. In diesem Jahr können die westdeutschen Länder mit einem Rückgang ihrer Defizite um knapp 7 Mrd. DM auf 14 Mrd. DM, die ostdeutschen Länder um 2 Mrd. DM auf 5 Mrd. DM rechnen. Im nächsten Jahr wird sich die Finanzlage im Westen wieder verschlechtern (–16 Mrd. DM), in Ostdeutschland kaum verbessern.

Die *westdeutschen Gemeinden*, die im Vorjahr überraschend hohe Überschüsse erwirtschaftet hatten, werden wohl in diesem Jahr nur wenig schlechter dastehen; der Überschuß dürfte 3½ Mrd. DM betragen, im nächsten Jahr 2 Mrd. DM. Dabei ist angenommen, daß der Personalabbau allmählich zum Stillstand kommt, ebenso die Ausgliederung von Gebührenhaushalten aus dem Budget. Die Ausgaben für Sachinvestitionen dürften nach langer Zeit wieder aufgestockt werden. Auch die Finanzlage der *ostdeutschen Gemeinden* wird sich geringfügig verbessern. Per saldo werden ihre Haushalte nahezu ausgeglichen sein, allerdings wird dies zu Lasten der Investitionsausgaben gehen. Weiterhin ist mit einem Abbau der Beschäftigung zu rechnen; noch immer liegt der Personalstand um fast ein Viertel über dem westdeutschen. Freilich verbergen sich hinter den Globalzahlen erhebliche Diskrepanzen. So werden die Finanzprobleme der Gemeinden in strukturschwachen Regionen nach wie vor sehr groß sein, während es insbesondere den Gemeinden im Umland der wirtschaftsstarken Ballungszentren finanziell recht gut geht. Zudem darf nicht übersehen werden, daß die Investitionstätigkeit der Kommunen inzwischen auf ein extrem niedriges Niveau gesunken ist; viele Gemeinden konnten ihre Haushalte nur dadurch konsolidieren, indem sie den Rotstift bei ihren Investitionsprojekten ansetzten.

Zur Steuerpolitik

Nach heftigen Debatten, ausgelöst durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil zu den Kinderbetreuungskosten und dem Haushaltsfreibetrag für Alleinerziehende, hat sich die rot-grüne Koalition nun auf einen Kompromiß geeinigt. Der Aufforderung aus Karlsruhe zu einer Gleichstellung von Alleinerziehenden und Ehepaaren soll in zwei Stufen nachgekommen werden. In der ersten Stufe — der Familienentlastung 2000 — wird das Kindergeld für das erste und zweite Kind um monatlich 20 DM auf 270 DM angehoben. Außerdem ist vorgesehen, in der ersten Stufe einen steuerlichen Kinderbetreuungsbetrag von 3 024 DM für Kinder unter 16 Jahren vom Jahre 2000 an zu gewähren. Für das Jahr 2000 bedeutet dies eine Stärkung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in Höhe von 3,8 Mrd. DM.² In der Endstufe soll der steuerliche Kinderfreibetrag von 6 912 DM auf 7 454 DM (2002) angehoben werden. Außerdem ist ein steuerlicher Erziehungsfreibetrag von 2 052 DM je Kind vorgesehen. Im Gegenzug werden die Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten gestrichen und der Haushaltsfreibetrag für Ledige mit Kindern (5 616 DM) stufenweise abgebaut.

Verteilungspolitisch ist eine solche Lösung eher kritisch zu betrachten. Von den steuerlichen Freibeträgen profitieren vor allem die Besserverdienenden, während Haushalte, die keine oder nur wenig Einkommensteuern zahlen, leer ausgehen. Alleinverdiener in der Steuerklasse III mit einem Kind und einem Bruttojahreseinkommen bis zu 60 000 DM erhalten im Jahre 2002 lediglich 240 DM mehr Kindergeld. Haushalte derselben Steuerklasse mit einem Bruttoeinkommen von 200 000 DM werden durch die Neugestaltung der Familienbesteuerung um fast 2 600 DM gegenüber dem Status quo entlastet.

Für die Unternehmenssteuerreform hat die Bundesregierung kürzlich ihre Pläne vorgestellt. Vom Jahre 2001 an soll es für Kapitalgesellschaften, Personengesellschaften und Einzelunternehmen eine einheitliche Unternehmenssteuer auf einbehaltene Gewinne geben; der Steuersatz wird 25 % betragen. Unter Einrechnung der Gewerbesteuer dürfte die Steuerbelastung für Unternehmen künftig bei etwa 38 % liegen. Zur Finanzierung sollen die steuerlichen Bemessungsgrundlagen weiter verbreitert werden. So ist geplant, die degressive Abschreibung von bisher 30 % auf 20 % zu reduzieren. Auch eine Verlängerung der Abschreibungszeiträume für Investitionen ist vorgesehen. Unter dem Strich soll die Unternehmenssteuerreform die Betriebe um 8 Mrd. DM entlasten. Die Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen könnte im nächsten Jahr wie ein kleines Konjunkturprogramm wirken. Bis Ende 2000 sind Unternehmensinvestitionen be-

² Der steuerliche Betreuungsfreibetrag führt erst im Jahre 2001 im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung zu Mindereinnahmen (1,5 Mrd. DM).

sonders lohnend. Die Unternehmen können noch höhere Abschreibungen steuerlich geltend machen, die zudem wegen der bis Ende 2000 geltenden höheren Steuersätze auch mehr 'wert' sind.

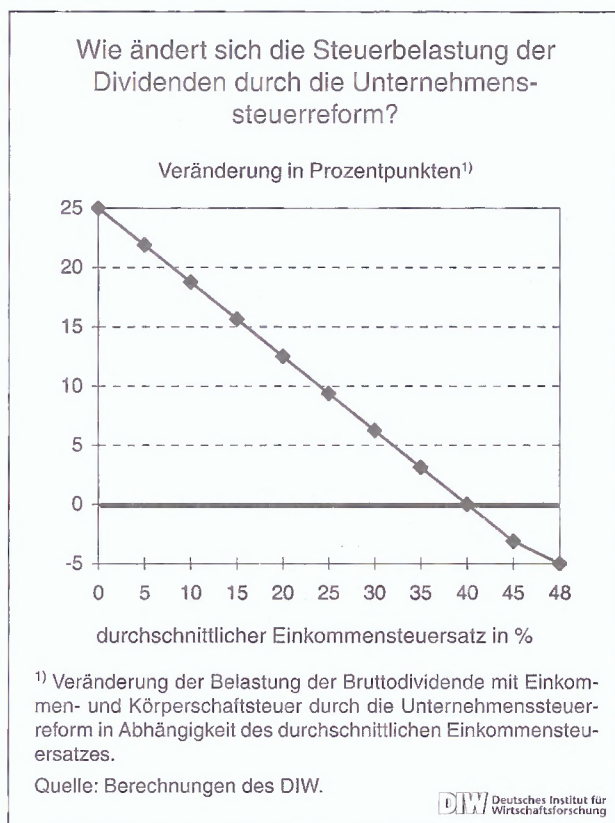
Grundsätzlich ist es vernünftig, die Steuersätze zu senken und gleichzeitig die steuerlichen Bemessungsgrundlagen zu verbreitern. Aus finanziellen Gründen hat sich die Bundesregierung indes entschlossen, die bisherige weitgehende — Kopplung der Einkommen- und Körperschaftsteuersätze aufzugeben. Künftig wird die Differenz — unter Einschluß der Gewerbesteuer — zum Spitzensteuersatz der Einkommensteuer (2002: 48,5 %) gut 10 Prozentpunkte betragen. Eine solche Spreizung wird Ausweichreaktionen hervorrufen und ist daher skeptisch zu beurteilen. Zudem ist mit einer speziellen Unternehmenssteuer, die es künftig neben der Einkommensteuer mit höheren Sätzen für entnommene gewerbliche Einkünfte und die übrigen Einkünfte geben soll, eine Vielzahl von steuersystematischen und verteilungspolitischen Problemen verbunden. Vom Jahre 1977 an wurde die bis dahin praktizierte Doppelbesteuerung durch die Körperschaftsteuer beseitigt. Seitdem ist die Körperschaftsteuer — soweit es die ausgeschütteten Gewinne betrifft — in die Einkommensteuer integriert. Damit wird auch einem der Grundprinzipien rationaler Steuerpolitik, nämlich der Gleichmäßigkeit der Besteuerung, Rechnung getragen.

Schon mit der Einführung eines ermäßigten Einkommensteuersatzes für gewerbliche Einkünfte im Rahmen des Standortsicherungsgesetzes war gegen dieses Prinzip verstoßen worden. Es wird nun vollends aufgegeben, weil eine Senkung der Steuersätze sowohl bei der Körperschaftsteuer als auch bei der Einkommensteuer in einem solchen Ausmaß nicht zu finanzieren gewesen wäre. Die Folge ist, daß einbehaltene Gewinne künftig mit 38 % belastet sind, entnommene Gewinne dagegen voll besteuert werden, also mit maximal 51 % Einkommensteuer bis zum Jahre 2001 und mit 48,5 % vom Jahre 2002 an. Die Trennung nach betrieblichen und privaten Gewinnen macht das Steuersystem nicht einfacher, sondern komplizierter. Die Steuerpflichtigen werden nach Umgehungsmöglichkeiten suchen, um der hohen individuellen Besteuerung zu entgehen.

In Deutschland ist seit der Einführung der T-Aktie zu beobachten, daß sich in breiteren Bevölkerungskreisen eine „Aktienkultur“ zu entwickeln beginnt. Dieser Trend könnte nun gebrochen werden. Die breite Streuung von Aktien und Aktienfonds wird inzwischen als notwendig angesehen, um die Alterssicherung auf eine dritte Säule zu stellen. Mit einer Unternehmenssteuer wird die Doppelbesteuerung, die 1977 mit dem Anrechnungsverfahren bei der Körperschaftsteuer abgeschafft worden war, teilweise wieder eingeführt.

Durch die Regelung, daß die Dividende (nach Abzug von 25 % Unternehmenssteuer) nur zur Hälfte zu versteuern ist, wird die Doppelbesteuerung lediglich gemildert. Denn auch Einkommensteuerpflichtige, die unter Einschluß der Dividenden durch das Anrechnungsverfahren früher steuerfrei blieben oder die Sparerfreibeträge nicht ausschöpfen, müssen nun in jedem Fall die Unternehmenssteuer in Höhe von 25 % tragen. Sie profitieren nicht davon, daß nur die Hälfte der Dividende versteuert werden muß (Halbeinkünfteverfahren). Doch auch für Einkommensteuerpflichtige, die ihre Dividenden versteuern müssen, wird die Steuerlast steigen, soweit ihr durchschnittlicher Einkommensteuersatz unter 40 % liegt. Für Steuerpflichtige mit einem Steuersatz von beispielsweise 20 % steigt die Belastung der Bruttodividende gegenüber der Vollarrechnung um 12,5 Prozentpunkte auf 32,5 % (Abbildung 5). Die Dividenden von Steuerpflichtigen, die nach dem Steuerrecht 2002 einen Spitzensteuersatz von 48,5 % erreichen, sind künftig insgesamt um rund 5 Prozentpunkte weniger belastet.

Abbildung 5



Finanzpolitische Überlegungen

Nach wie vor konzentrieren sich die finanzpolitischen Bemühungen darauf, die Haushaltsdefizite zu begrenzen bzw. abzubauen. Bereits in den letzten Jahren war es Bund, Ländern und Gemeinden gelungen, den Anteil ihrer Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt merklich zu ver-

Tabelle 7

Finanzielle Auswirkungen des Einkommensteuertarifs 2002 im Vergleich zum Tarif 1999¹⁾
 Verheirateter Alleinverdiener mit einem Kind (Lohnsteuerklasse III/1)

Brutto- jahres- Einkommen	Tarif 1999				Tarif 2002				Entlastung(-)/ Belastung(+) 2002 / 1999	
	Eink.- Steuer	Kinder- geld ²⁾	Solidar- zuschlag 5,5%	Insg.	Eink.- Steuer	Kinder- geld ²⁾	Solidar- zuschlag 5,5%	Insg.		
	DM									%
20 000	0	-3 000	0	-3 000	0	-3 000	0	-3 000	0	0,0
25 000	0	-3 000	0	-3 000	0	-3 000	0	-3 000	0	0,0
30 000	0	-3 000	0	-3 000	0	-3 000	0	-3 000	0	0,0
35 000	0	-3 000	0	-3 000	0	-3 000	0	-3 000	0	0,0
40 000	900	-3 000	0	-2 100	326	-3 000	0	-2 674	-574	-27,3
45 000	1 964	-3 000	0	-1 036	1 202	-3 000	0	-1 798	-762	-73,6
50 000	3 124	-3 000	0	124	2 188	-3 000	0	-812	-936	-754,8
55 000	4 482	-3 000	0	1 482	3 362	-3 000	0	362	-1 120	-75,6
60 000	5 838	-3 000	215	3 053	4 546	-3 000	0	1 546	-1 507	-49,4
65 000	7 370	-3 000	298	4 668	5 900	-3 000	230	3 130	-1 538	-33,0
70 000	9 058	-3 000	388	6 446	7 410	-3 000	309	4 719	-1 727	-26,8
75 000	10 750	-3 000	479	8 229	8 938	-3 000	390	6 328	-1 901	-23,1
80 000	12 244	-3 000	559	9 803	10 302	-3 000	463	7 765	-2 039	-20,8
85 000	13 796	-3 000	643	11 439	11 732	-3 000	539	9 271	-2 168	-19,0
90 000	15 342	-3 000	726	13 068	13 168	-3 000	615	10 783	-2 285	-17,5
95 000	16 912	-3 000	810	14 722	14 638	-3 000	693	12 331	-2 391	-16,2
100 000	18 506	-3 000	896	16 402	16 144	-3 000	773	13 917	-2 485	-15,2
105 000	20 162	-3 000	985	18 147	17 720	-3 000	857	15 577	-2 570	-14,2
110 000	21 808	-3 000	1 074	19 882	19 296	-3 000	941	17 237	-2 645	-13,3
115 000	23 478	-3 000	1 164	21 642	20 908	-3 000	1 027	18 935	-2 707	-12,5
120 000	25 210	-3 000	1 257	23 467	22 592	-3 000	1 117	20 709	-2 758	-11,8
125 000	26 932	-3 000	1 350	25 282	24 274	-3 000	1 207	22 481	-2 801	-11,1
130 000	28 678	-3 000	1 444	27 122	25 994	-3 000	1 299	24 293	-2 829	-10,4
135 000	30 450	-3 000	1 540	28 990	27 746	-3 000	1 392	26 138	-2 851	-9,8
140 000	32 284	-3 000	1 639	30 923	29 574	-3 000	1 490	28 064	-2 858	-9,2
145 000	34 108	-3 000	1 737	32 845	31 400	-3 000	1 588	29 988	-2 857	-8,7
150 000	35 966	-3 000	1 836	34 802	33 258	-3 000	1 687	31 945	-2 857	-8,2
160 000	39 838	-3 000	2 044	38 882	37 126	-3 000	1 895	36 021	-2 861	-7,4
170 000	43 864	-3 000	2 259	43 123	41 138	-3 000	2 110	40 248	-2 875	-6,7
180 000	47 996	-3 000	2 481	47 477	45 246	-3 000	2 331	44 577	-2 900	-6,1
190 000	52 326	-3 000	2 713	52 039	49 544	-3 000	2 561	49 105	-2 934	-5,6
200 000	53 660	0	2 951	56 611	50 866	0	2 798	53 664	-2 948	-5,2
210 000	58 190	0	3 200	61 390	55 350	0	3 044	58 394	-2 996	-4,9
220 000	62 874	0	3 458	66 332	59 978	0	3 299	63 277	-3 055	-4,6
230 000	67 656	0	3 721	71 377	64 698	0	3 558	68 256	-3 121	-4,4
240 000	72 644	0	3 995	76 639	69 566	0	3 826	73 392	-3 247	-4,2
250 000	77 730	0	4 275	82 005	74 384	0	4 091	78 475	-3 530	-4,3

1) Da es hier nur auf die Wirkungen des Steuertarifs 2002 ankommt, ist das Kindergeld konstant gehalten worden. — 2) Bei einem Kindergeld von Null ist der steuerliche Kinderfreibetrag (6 912 DM) günstiger.

Quelle: Berechnungen des DIW.

ringern. Aufgrund von Sonderfaktoren wird sich dies in diesem Jahr nicht fortsetzen, im Jahre 2000 dürfte — sofern das Sparpaket der Bundesregierung umgesetzt wird — der Rückgang um so stärker ausfallen. Die kontraktiven Effekte, die von der Ausgabenseite auf den Wirtschaftskreislauf ausgehen, werden nur zum Teil durch expansiv wirkende Maßnahmen der Steuerpolitik ausgeglichen, so daß insgesamt dämpfende Einflüsse zu erwarten sind.

Ohne Zweifel sind die finanzpolitischen Spielräume kleiner geworden. Es steht außer Frage, daß auf Dauer der Umfang des Angebots an öffentlichen Gütern nicht losgelöst vom gesamtwirtschaftlichen Aktivitätsniveau

bestimmt werden kann. Dies gilt letztlich auch für die in den öffentlichen Haushalten eingebauten Umverteilungsmechanismen. Eine anhaltende Wachstumsschwäche muß zur Konsequenz haben, daß der Staat sein Budget dieser Entwicklung anpaßt, soll die Wirtschaft nicht überfordert werden. Umgekehrt erhöht ein sich selbst tragender Aufschwung den Spielraum der Finanzpolitik — die USA können in diesem Zusammenhang als Beispiel dienen. Es ist allerdings evident, daß sich die deutsche Finanzpolitik in ein Dilemma manövriert hat, indem sie durch eine „Parallelpolitik“ die gesamtwirtschaftliche Entwicklung geschwächt und damit selbst zu den Finanzproblemen beigetragen hat. Belastend wirkte auch, daß bei

der Finanzierung des Einigungsprozesses Fehler gemacht worden sind, die in den letzten Jahren immer klarer erkennbar wurden. Anstatt damals die Steuern zu erhöhen, wurden sie gesenkt; die gesamtwirtschaftliche Steuerquote hatte 1997 mit 22,5 % des Bruttoinlandsprodukts einen historischen Tiefstand erreicht. Um dennoch den Anpassungsprozeß in Ostdeutschland zu finanzieren, wurde das Instrument der Kreditaufnahme überstrapaziert — die Staatsschulden verdoppelten sich binnen weniger Jahre. Eine Rolle spielten natürlich auch die Folgen der schweren Rezession 1993 und die wachstumsschwachen Jahre danach, die den öffentlichen Haushalten zusätzliche Belastungen aufbürdeten. Gleichwohl versuchte die Finanzpolitik immer wieder, durch Ausgabenkürzungen die Defizite zu verringern. Nicht zuletzt durch den Druck des Stabilitäts- und Wachstumspakts ist ihr dies gelungen; die Defizitquote ist — in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (einschl. Sozialversicherung) — von 3,2 % auf 1,9 % zurückgegangen. Für dieses Jahr wird eine Quote von 1,5 % prognostiziert, im nächsten Jahr ist mit einem weiteren Rückgang — auf 1,3 % — zu rechnen.³

Auf die negativen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen dieser Politik hat das DIW immer wieder hingewiesen. Trotz der eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten infolge des Schuldenberges wäre es aus gesamtwirtschaftlichen Gründen geboten gewesen, die „automatischen Stabilisatoren“ in vollem Umfang zur Wirkung kommen zu lassen. Wenn es in den letzten Jahren keine kräftigere wirtschaftliche Expansion der Wirtschaft gegeben hat, so lag dies eben auch daran, daß durch den Abbau der Defizite die Bedingungen auf der Nachfrageseite verschlechtert und somit die Wirkungen der angebotsseitigen Maßnahmen geschmälert wurden.

Allein die Erwartung auf eine Senkung der Steuern im Jahre 2001 bzw. 2002 dürfte kaum ausreichen, der Wirtschaft die erforderlichen Impulse zu geben. Deshalb sollte eine weniger restriktive Ausgabenpolitik ins Auge gefaßt werden. Der dramatische Rückgang der öffentlichen Investitionen hat den Nachholbedarf anschwellen lassen, und auch der Personalabbau im öffentlichen Dienst wird sich im bisherigen Maße kaum fortsetzen lassen — es sei denn, man ist bereit, weitere qualitative und quantitative Abstriche im öffentlichen Leistungsangebot hinzu-

nehmen. Vornehmlich an den Schulen und Hochschulen muß die personelle Situation Besorgnis hervorrufen, zumal hier das Personal überaltert ist. Hingegen scheint in der Subventionspolitik der Handlungsspielraum für Kürzungen noch längst nicht ausgeschöpft zu sein.

Nach langen, kontrovers geführten Debatten ist zu Beginn dieses Jahres die erste Stufe des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 in Kraft getreten. Expansive Impulse werden davon in diesem Jahr nicht ausgehen. Allenfalls könnten sich aus der Struktur der Steuerrechtsänderungen — Stärkung der Kaufkraft der unteren und mittleren Einkommensbezieher — einige belebende Effekte einstellen.

Von zentraler Bedeutung ist die Frage, inwieweit die Steuerpolitik einen wirksamen Beitrag zur Stimulierung des Wirtschaftswachstums leisten kann. Das Steueränderungsgesetz 1999/2000/2002 enthält durchaus Elemente, die zu einer wirtschaftlichen Belebung taugen, doch sie sind erst in der dritten Stufe für das Jahr 2002 vorgesehen. Aus den Entlastungen, die sich beispielsweise für verheiratete Alleinverdiener mit einem Kind (Steuerklasse III/1) nach dem Steuertarif 2002 im Vergleich zum Tarif 1999 ergeben, wird dies deutlich. So wird ein Haushalt mit einem durchschnittlichen Jahresbruttoeinkommen von 60 000 DM dann um fast 1 550 DM bzw. 50 % entlastet (Tabelle 7). Die Bundesregierung wäre gut beraten, wenn sie den Einkommensteuertarif 2002 vorziehen würde; dies bedeutete Steuerentlastungen in der Größenordnung von 28 Mrd. DM. Folgte die Politik diesem Vorschlag, so erhöhten sich die Defizite vorübergehend um reichlich einen halben Prozentpunkt. Doch müssen auch die Selbstfinanzierungseffekte berücksichtigt werden, denn dadurch würde die gesamtwirtschaftliche Entwicklung erheblich begünstigt.

³ Dies scheint im Widerspruch zur Entwicklung in finanzstatistischer Abgrenzung zu stehen. Abgesehen davon, daß es schon deshalb zum Rückgang der Quote kommt, weil das nominale BIP steigt, wird die Entwicklung der Defizite in finanzstatistischer Abgrenzung von rückläufigen Veräußerungserlösen geprägt, die in der VGR nicht saldenwirksam sind. Hinzu kommt, daß die zur Beurteilung gemäß Stabilitätspakt herangezogene Defizitquote die Sozialversicherungen, die Finanzierungsüberschüsse erzielen, enthält, im Rahmen dieses Berichts aber nur die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden untersucht werden.

Gesamtwirtschaftliche Produktion kaum gestiegen

Die ersten Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Bundesrepublik Deutschland für das zweite Quartal 1999¹

Nach den ersten vorläufigen Berechnungen für das zweite Quartal 1999 konnte der leichte Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal (-0,1 %) etwa wettgemacht werden. Das Niveau vom zweiten Quartal 1998 wurde um 1 % übertroffen. Für das erste Halbjahr 1999 errechnet sich ein Zuwachs von 0,8 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Damit ist das Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes geringer ausgefallen, als vom DIW noch zur Mitte des Jahres geschätzt worden war.²

Sondereffekte in den ersten vier Monaten dieses Jahres verhinderten einen stärkeren Rückgang im ersten und eine größere Zunahme im zweiten Quartal. So war die Produktion im ersten Quartal weniger als saisonüblich von der Witterung beeinträchtigt. Dies schlug sich vor allem beim Baugewerbe positiv nieder. Hinzu kam, daß wegen der steuerbedingten Anhebung der Energiepreise zum 1. April die Vorräte an Heizöl diesmal schon im Februar/März aufgestockt wurden. Auch von der frühen Lage des Osterfestes (Anfang April) „profitierte“ das erste Quartal; viele der dafür getätigten Konsumausgaben fielen noch in diesen Zeitraum.

Der BIP-Deflator ging im Berichtszeitraum um 0,1 % zurück. Dabei erhöhte sich der Preisindex der inländischen Güterverwendung mit 0,4 % leicht beschleunigt; dies ist

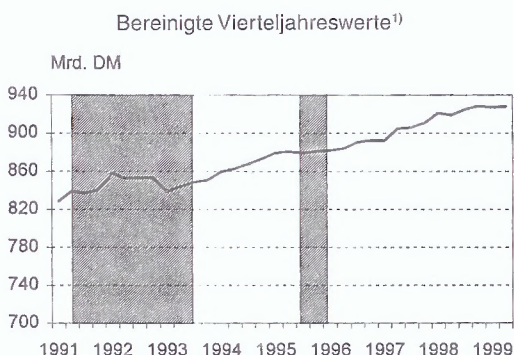
allein den gestiegenen Importpreisen zuzuschreiben. Die Terms of Trade verschlechterten sich bei stagnierenden Exportpreisen deutlich.

Arbeitsvolumen, Produktivität, Lohnstückkosten

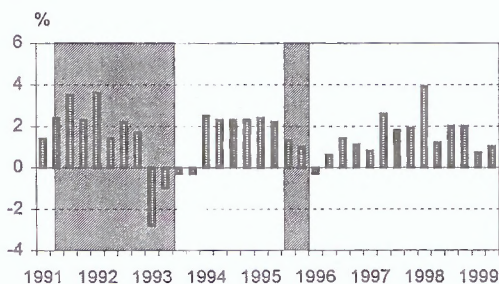
Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen ist kalenderbereinigt gegenüber dem Vorquartal leicht gestiegen, die Zahl der Erwerbstätigen nahm aber erstmals seit 1½ Jahren wieder ab. Besonders deutlich war der Abbau von Arbeitsplätzen in den produzierenden Bereichen. Während sich im ersten Quartal die Beschäftigung im verar-

Abbildung

Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1995 in Deutschland



Entwicklung der Ursprungswerte gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal



■ Phasen konjunktureller Abschwächung. Berechnung des DIW mit Hilfe des geglätteten saisonbereinigten Auslastungskoeffizienten der Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft.

¹⁾ Ausschaltung von Saisoneinflüssen und Kalenderunregelmäßigkeiten nach dem Berliner Verfahren (BV4).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

In diesem Bericht veröffentlicht das DIW erstmals ausgewählte Daten der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf Basis des ESVG 1995. Aufgrund noch fehlender detaillierter Angaben des Statistischen Bundesamtes für die verfügbaren Einkommen nach Sektoren ist die Darstellung nach Sektorkonten zur Zeit noch nicht möglich. Ein getrennter Nachweis der Wirtschaftsentwicklung für Ost- und Westdeutschland ist vom Statistischen Bundesamt nicht mehr vorgesehen. Die Datenlage ist damit so schlecht geworden, daß das DIW eine entsprechende Berechnung nicht mehr durchführen kann. Für die Zahl der Erwerbstätigen mußte diesmal auch das erste Vierteljahr 1999 vom DIW geschätzt werden, da aufgrund der Umstellung des Meldeverfahrens zur Sozialversicherung die Daten der Bundesanstalt für Arbeit noch nicht vorlagen.

¹ Analysiert werden in diesem Bericht, soweit nicht anders gekennzeichnet, saisonbereinigte Zeitreihen. Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren (BV4) vorgenommen.

² Vgl. Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1999/2000 Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 28/99.

beitenden Gewerbe und Bergbau noch auf dem Niveau vom Vorquartal hielt, sank sie im zweiten Quartal um 36 000 Personen. Im Baugewerbe gab es aufgrund der milden Witterung zu Beginn des Jahres sogar noch Einstellungen, von März an war die Beschäftigung aber auch hier deutlich rückläufig. Hinzu kam, daß viele Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik ausliefen; dies wirkte sich vor allem bei den öffentlichen Dienstleistungen aus. Erstmals seit Ende 1997 stieg die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt wieder (+14 000 Personen gegenüber dem ersten Quartal). Diese Zunahme betraf ausschließlich Ostdeutschland.

Die Bruttolohn- und -gehaltssumme nahm gegenüber dem ersten Jahresviertel um 1,7 % zu. Hier wirkten sich nun die Tarifierhöhungen und die Nachzahlungen in einigen Bereichen aus. Die Arbeitgeberbeiträge waren aufgrund der Senkung der Beitragssätze zur Rentenversicherung zum 1.4.1999 rückläufig. Infolgedessen stiegen die Lohnstückkosten nur um 1,1 %, obwohl die Produktivität im Berichtszeitraum geringfügig abnahm (−0,1 %).

Beiträge der Wirtschaftsbereiche

Die insgesamt schwache gesamtwirtschaftliche Entwicklung resultierte vor allem daraus, daß die Leistung im *produzierenden Gewerbe* weiter rückläufig war. Der hier schon seit Herbst 1998 zu verzeichnende negative Verlauf setzte sich fort, mit einer Rate von −0,4 % allerdings gegenüber dem Vorquartal verlangsamt. Während in einigen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes bereits wieder Zuwächse zu verzeichnen waren (Gebrauchsgüter- und Investitionsgüterproduktion), ging die Bautätigkeit nach dem witterungsbedingten Hoch im ersten Jahresviertel zurück. Dabei war das Bauhauptgewerbe stärker betroffen als das Ausbaugewerbe.

Die Bruttowertschöpfung im Bereich *Handel, Gastgewerbe und Verkehr* expandierte insgesamt mit nahezu unverändertem Tempo (0,4 %). Dies ist allerdings allein dem kräftigen Wachstum im Verkehr und in der Nachrichtenübermittlung zu verdanken. Die Wertschöpfung der übrigen Bereiche ging dagegen zurück, wobei im Einzelhandel die Sondereffekte (vorgezogene Heizölkäufe, Lage des Osterfestes) eine wichtige Rolle spielten. Im Großhandel hat sich der Rückgang dagegen abgeflacht (−0,2 % nach −1,7 %); dabei machte sich bemerkbar, daß sich das Auslandsgeschäft spürbar verbesserte.

Im Dienstleistungssektor blieb das Wachstumstempo insgesamt mit 0,7 % unverändert. Während sich die Bruttowertschöpfung im Bereich *Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister* mit 1,1 % beschleunigt erhöhte, nahm die Leistung bei den *öffentlichen und privaten Dienstleistern* nur noch geringfügig zu. Hier wirkte sich der Abbau von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen negativ aus.

Verwendung des Bruttoinlandsproduktes

Der reale *private Konsum*³ expandierte im zweiten Quartal deutlich schwächer als im ersten (0,1 % nach 0,4 %). Zwar gab es nach der Erhöhung des Kindergeldes und der Senkung des Eingangssteuersatzes bei der Einkommensteuer zum Jahresbeginn auch im zweiten Jahresviertel Einkommensverbesserungen durch die Senkung der Beitragssätze zur Rentenversicherung. Zugleich brachte die Energiesteueranhebung zum 1. April aber eine zusätzliche Belastung in Form eines höheren Preisniveaus. Für Nahrungs- und Genußmittel, Bekleidung und Bildung wurde im Berichtszeitraum weniger ausgegeben, und bei den Ausgaben für den wichtigsten Verwendungszweck — Wohnungsmieten und Haushaltsenergie — schwächte sich die Zunahme ab. Waren die Heizölkäufe im Februar/März um 30 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen, so sanken sie im April um 45 %.

Während die realen *Ausrüstungsinvestitionen* im ersten Vierteljahr saison- und arbeitstäglich bereinigt noch um 0,4 % zurückgegangen waren, expandierten sie nun merklich (+2 %). Davon profitierten allerdings ausländische Erzeuger von Investitionsgütern stärker als inländische. Die Importe stiegen kräftig, die Inlandsumsätze nahmen dagegen nur geringfügig zu.

Die *Bauinvestitionen* sind seit der Jahreswende in der Tendenz aufwärts gerichtet. In realer Rechnung ergibt sich für das zweite Quartal zwar ein leichter Rückgang (−0,3 %). Dies ist aber ein Reflex auf die durch die milde Witterung begünstigte kräftige Expansion im ersten Quartal. Das Niveau der Bauinvestitionen war im Berichtszeitraum um gut 1 % höher als im vierten Quartal 1998.

Für die Investitionen in „*sonstige Anlagen*“, eine mit dem ESVG 95 neu eingeführte Kategorie der Anlageinvestitionen, ist der Trend deutlich aufwärts gerichtet. In diesem Aggregat werden unter anderem Aufwendungen für Software und große Datenbanken erfaßt. Der starke Zuwachs ist auch in Zusammenhang mit der „Jahr-2000-Problematik“ zu sehen.

Seit dem Frühjahr werden allmählich wieder positive Raten bei den Exporten erzielt. Eine Rolle spielt dabei, daß die von den Krisenregionen ausgehenden retardierenden Einflüsse abklingen. Die Exporte expandierten im zweiten Vierteljahr mit einer Rate von fast 2 %, nach 0,3 % im ersten Quartal. Noch stärker stiegen aber die Importe (+3,4 %), so daß der *Außenbeitrag* in realer Rechnung nach dem leichten Anstieg im Vorquartal deutlich zurückging. Dabei verschlechterte sich sowohl der Waren- wie auch der Dienstleistungssaldo. Vermutlich hat die Erwartung weiter steigender Importpreise — vor allem bei Rohstoffen — dazu geführt, daß im zweiten Quartal auch auf Lager importiert wurde. Während sich

³ Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

die Importe erstmals seit der Jahreswende 97/98 wieder kräftig verteuerten, stagnierten die Preise für Exporte. Die Terms of Trade haben sich infolgedessen verschlechtert.

Ausblick auf das dritte Quartal

Die jüngsten Informationen über die Auftragseingänge sprechen dafür, daß sich die schwache konjunkturelle Entwicklung nach der Jahresmitte zunächst noch fortgesetzt hat. Die Auftragseingänge sind zuletzt (Mai/Juni gegenüber März/April) nicht mehr gestiegen. Dabei hätten die Auslandsorders aufgrund der erhöhten Nachfrage nach Investitionsgütern einen — wenn auch abgeschwächten — Anstieg zu verzeichnen. Für das dritte Quartal ist deshalb mit einem weiteren Zuwachs bei den Exporten zu rechnen, aber nicht mehr in dem Tempo wie noch im zweiten Quartal.

Die Ausrüstungsinvestitionen werden erneut kräftig expandieren. Die inländischen Ordereingänge bei den Inve-

stitionsgüterherstellern hatten sich im Unterschied zu den übrigen Bereichen der Industrie zuletzt deutlich belebt. Allerdings wird die Investitionstätigkeit durch den merklichen Anstieg der langfristigen Zinsen seit dem Frühjahr belastet. Bei den Bauinvestitionen wird sich der leicht aufwärts gerichtete Trend fortsetzen, die Auftragsbestände sind hier zuletzt wieder gestiegen.

Die Renten wurden zum 1.7.1999 um 1,34 % in Westdeutschland und um 2,79 % in Ostdeutschland erhöht. Die Anpassungssätze sind mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr. Von der Einkommensentwicklung ist damit ein weiterer Anstieg des privaten Verbrauchs angelegt.

Nach dem kräftigen Zuwachs im zweiten Quartal werden sich die Importe nun wieder stärker an das Tempo der inländischen Nachfrageentwicklung anpassen und damit schwächer als zuvor zunehmen; der reale Außenbeitrag wird wieder steigen.

Alles in allem könnte im dritten Quartal ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von 0,4 % erreicht werden; das entspricht einem Zuwachs gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum von knapp 1 %.

**Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts zu Preisen von 1995 und Lohnstückkosten**

	1997	1998	1997				1998				1999	
			I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II
Ursprungswerte in Mrd. DM												
Land- und Forstwirtschaft	45,1	46,2	10,9	11,8	11,6	10,9	11,1	12,0	11,9	11,2	11,3	12,1
Produzierendes Gewerbe	1 061,0	1 095,5	239,5	269,6	270,8	281,1	258,2	271,1	279,0	287,2	254,2	269,0
Handel, Gastgewerbe u. Verkehr	596,6	615,8	139,1	150,4	152,5	154,6	146,4	153,1	157,0	159,4	148,7	156,2
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	997,3	1 031,8	239,3	246,5	254,7	256,8	247,5	254,8	263,7	265,7	256,6	264,4
Öffentl. u. private Dienstleister	728,8	732,8	184,7	181,9	183,1	179,2	185,7	183,6	183,4	180,0	186,8	184,4
Bruttowertschöpfung (unber.)	3 428,8	3 522,1	813,5	860,1	872,6	882,6	848,9	874,5	895,1	903,6	857,5	886,0
Bruttoinlandsprodukt	3 612,6	3 694,0	861,7	908,0	918,7	924,2	894,9	918,9	937,5	942,7	901,6	927,8
Arbeitsvolumen (Mill. Std.)	54 412	54 787	13 549	13 475	13 839	13 549	13 782	13 210	13 909	13 885	13 816	13 369
Erwerbstätige (1000 Pers.) ¹⁾	35 865	35 999	35 360	35 813	36 145	36 141	35 313	35 874	36 353	36 456	35 629	36 082
Produktivität (DM)	66,4	67,4	63,6	67,4	66,4	68,2	64,9	69,6	67,4	67,9	65,3	69,4
Arbeitnehmerentgelt (Mrd. DM) ²⁾	1 972,2	2 002,0	461,1	474,4	487,7	549,0	463,0	481,4	497,5	560,1	471,7	495,0
Lohnstückkosten ²⁾³⁾	61,3	61,0	60,1	58,6	59,6	66,7	58,3	59,0	59,6	66,8	59,0	60,1
in % gegenüber Vorjahr												
Land- u. Forstwirtschaft	-0,8	2,5	-0,3	0,9	-2,3	-1,5	2,1	1,6	3,0	3,3	1,7	0,6
Produzierendes Gewerbe	2,1	3,2	-0,7	3,7	2,3	2,9	7,8	0,6	3,1	2,2	-1,6	-0,8
Handel, Gastgewerbe u. Verkehr	2,5	3,2	1,8	3,7	2,3	2,1	5,3	1,8	2,9	3,1	1,6	2,1
Finanzierung, Vermietung u. Unternehmensdienstleister	4,4	3,5	4,1	4,1	4,7	4,9	3,4	3,4	3,6	3,5	3,6	3,8
Öffentliche u. private Dienstleister	-0,2	0,5	0,4	-0,5	-0,2	-0,5	0,5	1,0	0,2	0,5	0,5	0,5
Bruttowertschöpfung (unber.)	2,3	2,7	1,4	2,8	2,4	2,6	4,3	1,7	2,6	2,4	1,0	1,3
Bruttoinlandsprodukt	1,8	2,3	0,8	2,6	1,8	1,9	3,9	1,2	2,0	2,0	0,7	1,0
Arbeitsvolumen	-1,4	0,7	-4,5	0,8	-1,2	-0,4	1,7	-2,0	0,5	2,5	0,2	1,2
Erwerbstätige ¹⁾	-0,8	0,4	-1,2	-1,0	-0,6	-0,4	-0,1	0,2	0,6	0,9	0,9	0,6
Produktivität	3,1	1,6	5,5	1,7	3,0	2,3	2,1	3,2	1,5	-0,5	0,5	-0,2
Arbeitnehmerentgelt ²⁾	0,3	1,5	0,7	0,6	-0,1	0,1	0,4	1,5	2,0	2,0	1,9	2,8
Lohnstückkosten ²⁾³⁾	-1,1	-0,5	0,2	-1,6	-1,5	-1,4	-3,0	0,6	0,1	0,1	1,1	1,9
	1996		1997				1998				1999	
	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II
Saisonbereinigte Werte ⁴⁾ in Mrd. DM												
Land- und Forstwirtschaft ⁵⁾	11,5	11,6	11,4	11,2	11,2	11,4	11,4	11,6	11,6	11,5	11,6	11,5
Produzierendes Gewerbe ⁵⁾	261,1	261,4	259,5	267,0	266,7	269,4	275,2	271,4	274,6	274,1	270,6	269,4
Handel, Gastgewerbe u. Verkehr ⁵⁾	146,1	146,9	147,8	149,5	149,8	150,9	153,3	153,2	154,3	155,0	155,5	156,1
Finanzierg., Vermietg. u. Untern.dienstleister ⁵⁾	239,9	242,6	245,6	247,6	250,6	253,3	254,2	257,0	259,1	261,2	263,4	266,5
Öffentl. u. private Dienstleister ⁵⁾	182,7	182,5	183,2	181,8	182,6	182,6	183,0	183,8	183,1	183,2	184,0	184,2
Bruttowertschöpfung (unber.) ⁵⁾	841,3	844,9	847,6	857,0	861,0	867,5	877,1	876,9	882,7	885,0	885,1	887,7
Bruttoinlandsprodukt	890,3	892,5	891,2	905,4	906,2	910,7	921,8	918,3	925,3	929,1	927,3	928,5
Arbeitsvolumen (Mill. Std.)	13 777	13 649	13 446	13 769	13 603	13 553	13 700	13 543	13 688	13 848	13 713	13 746
Erwerbstätige (1000 Pers.) ¹⁾⁶⁾	36 113	35 982	35 901	35 862	35 843	35 833	35 866	35 943	36 042	36 138	36 179	36 166
Produktivität (DM)	64,7	65,4	66,2	65,8	66,6	67,2	67,3	67,8	67,6	67,1	67,6	67,6
Arbeitnehmerentgelt (Mrd. DM) ²⁾	492,5	491,9	493,9	493,0	492,1	493,5	496,3	498,9	502,0	504,6	505,7	511,9
Lohnstückkosten ²⁾³⁾	61,9	61,7	62,1	61,1	61,0	60,9	60,5	61,1	61,0	61,0	61,3	62,0
in % gegenüber Vorquartal												
Land- u. Forstwirtschaft ⁵⁾	1,4	0,5	-1,0	-2,3	0,6	1,0	0,4	2,0	-0,4	-0,7	0,9	-0,6
Produzierendes Gewerbe ⁵⁾	0,9	0,1	-0,7	2,9	-0,1	1,0	2,2	-1,4	1,2	-0,2	-1,3	-0,4
Handel, Gastgewerbe u. Verkehr ⁵⁾	0,7	0,5	0,6	1,1	0,2	0,7	1,6	-0,1	0,7	0,5	0,3	0,4
Finanzierg., Vermietg. u. Untern.dienstleister ⁵⁾	0,8	1,1	1,2	0,8	1,2	1,1	0,3	1,1	0,8	0,8	0,9	1,1
Öffentl. u. private Dienstleister ⁵⁾	-0,4	-0,1	0,4	-0,8	0,5	0,0	0,2	0,4	-0,4	0,1	0,4	0,1
Bruttowertschöpfung (unber.) ⁵⁾	0,6	0,4	0,3	1,1	0,5	0,8	1,1	-0,0	0,7	0,3	0,0	0,3
Bruttoinlandsprodukt ⁵⁾	0,7	0,2	-0,2	1,6	0,1	0,5	1,2	-0,4	0,8	0,4	-0,2	0,1
Arbeitsvolumen	0,3	-0,9	-1,5	2,4	-1,2	-0,4	1,1	-1,1	1,1	1,2	-1,0	0,2
Erwerbstätige ¹⁾	-0,3	-0,4	-0,2	-0,1	-0,1	0,0	0,1	0,2	0,3	0,3	0,1	-0,0
Produktivität	0,3	1,2	1,2	-0,7	1,3	0,9	0,1	0,8	-0,4	-0,8	0,8	-0,1
Arbeitnehmerentgelt ²⁾	0,3	-0,1	0,4	-0,2	-0,2	0,3	0,6	0,5	0,6	0,5	0,2	1,2
Lohnstückkosten ²⁾³⁾	-0,3	-0,2	0,6	-1,7	-0,2	-0,1	-0,6	1,0	-0,2	-0,0	0,6	1,1

¹⁾ Jahreswerte als Durchschnitt der Quartale. — ²⁾ Inlandskonzept. — ³⁾ Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen). — ⁴⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. — ⁵⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt. — ⁶⁾ Schätzung für das erste und zweite Quartal 1999.

Quellen: Die den Berechnungen zugrundeliegenden Werte sind Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3); die Vierteljahre des Arbeitsvolumens — und damit die der Produktivität — sind eigene Berechnungen, basierend auf Jahresergebnissen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen bedingt.

**Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts
Ursprungswerte**

	1997	1998	1997				1998				1999	
			I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II
Verteilung des Bruttonationaleinkommens zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)												
Arbeitnehmerentgelt	1 970,2	1 999,8	461,2	473,8	486,7	548,5	463,1	480,8	496,5	559,5	471,7	494,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	795,8	848,5	179,8	220,5	215,3	180,1	209,0	219,5	231,5	188,6	207,7	212,4
Produktions- und Importabgaben abzgl. Subv.	350,3	367,1	85,7	90,2	87,5	86,9	87,2	96,3	92,5	91,1	95,2	103,7
Abschreibungen	542,3	553,2	134,4	135,3	136,0	136,6	137,0	138,3	138,6	139,3	140,1	141,7
Bruttonationaleinkommen	3 658,6	3 768,6	861,1	919,8	925,6	952,1	896,2	934,9	959,1	978,4	914,6	952,2
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)												
Privater Konsum ¹⁾	2 105,9	2 164,5	503,2	526,4	524,7	551,6	520,3	535,5	541,2	567,6	534,3	548,4
Staatskonsum	715,7	718,5	173,7	172,0	172,3	197,7	175,0	173,2	174,4	195,9	176,8	176,5
Anlageinvestitionen	783,4	792,7	165,2	207,4	205,5	205,2	175,0	202,9	206,7	208,0	176,4	209,1
Bauten	478,4	457,9	99,1	130,4	131,0	117,9	101,6	120,1	124,3	111,9	97,5	120,1
Ausrüstungen	270,0	297,0	57,8	68,5	65,6	78,1	64,5	73,5	72,7	86,3	69,3	78,8
Sonstige Anlagen	34,9	37,8	8,3	8,5	8,9	9,2	8,9	9,3	9,8	9,8	9,6	10,2
Vorratsveränderungen ²⁾	17,3	59,1	21,6	-1,4	19,8	-22,6	26,0	9,7	30,7	-7,4	26,0	9,6
Außenbeitrag	53,5	64,6	6,2	15,2	10,7	21,4	13,5	19,1	12,0	20,0	13,8	11,7
Exporte	1 023,4	1 089,5	232,1	255,6	259,7	275,9	264,9	276,5	269,5	278,7	258,6	277,7
darunter: Waren	888,9	949,9	202,9	222,5	224,5	239,0	233,4	242,3	231,5	242,7	228,3	243,5
Importe	969,8	1 024,9	225,9	240,4	249,0	254,6	251,4	257,4	257,5	258,6	244,8	266,0
darunter: Waren	764,6	810,3	179,8	190,7	190,9	203,2	202,1	205,1	196,2	206,9	194,8	210,8
Bruttoinlandsprodukt	3 675,8	3 799,4	869,9	919,6	933,0	953,3	909,7	940,5	965,0	984,2	927,3	955,4
zu Preisen von 1995 (Mrd. DM)												
Privater Konsum ¹⁾	2 031,7	2 068,8	488,4	509,5	503,4	530,3	499,1	512,0	515,1	542,7	510,0	522,3
Staatskonsum	702,2	701,8	176,9	171,8	173,3	180,3	179,1	174,5	172,0	176,2	179,8	175,3
Anlageinvestitionen	788,2	802,1	166,0	208,5	206,8	206,9	177,2	204,7	209,5	210,8	179,8	212,4
Bauten	482,9	464,5	99,7	131,5	132,3	119,5	103,1	121,6	126,0	113,7	99,4	122,1
Ausrüstungen	268,4	295,5	57,7	68,0	65,1	77,5	64,2	72,7	72,5	86,1	69,2	78,3
Sonstige Anlagen	37,0	42,2	8,7	8,9	9,5	9,9	9,9	10,4	11,0	11,0	11,1	12,0
Vorratsveränderungen ²⁾	20,0	59,9	19,8	-0,6	19,6	-18,9	23,2	8,2	30,5	-2,0	23,1	8,2
Außenbeitrag	70,5	61,3	10,5	18,8	15,5	25,7	16,4	19,5	10,5	14,9	9,0	9,7
Exporte	1 007,7	1 073,7	230,7	252,6	254,7	269,8	260,2	271,8	265,2	276,5	258,1	276,1
darunter: Waren	877,0	938,6	202,1	220,1	220,5	234,3	229,5	238,5	228,5	242,1	227,7	242,1
Importe	937,2	1 012,4	220,2	233,8	239,2	244,1	243,8	252,3	254,7	261,6	249,1	266,4
darunter: Waren	743,8	810,9	176,1	186,4	184,8	196,5	197,3	202,9	197,2	213,5	200,4	212,9
Bruttoinlandsprodukt	3 612,6	3 694,0	861,7	908,0	918,7	924,2	894,9	918,9	937,5	942,7	901,6	927,8
Preisentwicklung (1995=100)												
Privater Konsum ¹⁾	103,7	104,6	103,0	103,3	104,2	104,0	104,2	104,6	105,1	104,6	104,8	105,0
Staatskonsum	101,9	102,4	98,2	100,1	99,4	109,7	97,7	99,3	101,4	111,2	98,4	100,7
Bauten	99,1	98,6	99,5	99,1	99,0	98,7	98,5	98,8	98,6	98,4	98,1	98,4
Ausrüstungen	100,6	100,5	100,1	100,7	100,8	100,8	100,5	101,1	100,3	100,2	100,1	100,7
Exporte	101,6	101,5	100,6	101,2	102,0	102,3	101,8	101,7	101,6	100,8	100,2	100,6
Importe	103,5	101,2	102,6	102,8	104,1	104,3	103,1	102,0	101,1	98,9	98,3	99,9
Nachr.: Terms of Trade	98,1	100,2	98,1	98,4	98,0	98,1	98,7	99,7	100,5	101,9	102,0	100,7
Bruttoinlandsprodukt	101,7	102,9	101,0	101,3	101,6	103,1	101,7	102,4	102,9	104,4	102,9	103,0

¹⁾ Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. — ²⁾ Einschl. Nettozugang an Wert-
sachen.

Quellen: Die den Berechnungen zugrundeliegenden Werte sind Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Ge-
samtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3). Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnun-
gen des DIW. Abweichungen in den Summen durch Runden bedingt.

**Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts
Entwicklung der Ursprungswerte¹⁾**

	1997	1998	1997				1998				1999	
			I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II
Verteilung des Bruttonationaleinkommens zu jeweiligen Preisen												
Arbeitnehmerentgelt	0,3	1,5	0,7	0,6	-0,1	0,1	0,4	1,5	2,0	2,0	1,9	2,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	7,4	6,6	0,6	10,6	10,5	7,3	16,2	-0,5	7,5	4,7	-0,6	-3,2
Produktions- und Importabga- ben abzüglich Subventionen	4,6	4,8	-0,1	9,2	2,4	7,0	1,8	6,7	5,7	4,8	9,2	7,7
Abschreibungen	2,2	2,0	2,1	2,1	2,3	2,4	1,9	2,2	1,9	2,0	2,3	2,4
Bruttonationaleinkommen	2,5	3,0	0,8	3,9	2,8	2,3	4,1	1,6	3,6	2,8	2,1	1,8
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts zu jeweiligen Preisen												
Privater Konsum ²⁾	2,5	2,8	1,9	3,2	2,3	2,8	3,4	1,7	3,1	2,9	2,7	2,4
Staatskonsum	-0,1	0,4	1,5	0,8	-1,7	-0,8	0,8	0,7	1,2	-0,9	1,0	1,9
Anlageinvestitionen	0,6	1,2	1,9	0,5	-0,3	0,6	5,9	-2,2	0,6	1,3	0,8	3,1
Bauten	-1,9	-4,3	1,0	-1,8	-3,2	-2,8	2,5	-7,9	-5,1	-5,1	-4,0	0,0
Ausrüstungen	4,5	10,0	2,1	4,8	5,1	5,4	11,6	7,3	10,7	10,5	7,5	7,2
Sonstige Anlagen	7,2	8,2	10,9	4,3	6,7	7,0	7,5	8,7	9,6	7,0	6,9	9,8
Vorratsveränderungen ³⁾	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Exporte	12,3	6,5	5,6	14,4	16,0	13,1	14,1	8,2	3,8	1,0	-2,3	0,5
darunter: Waren	12,5	6,9	6,3	14,6	16,3	12,8	15,0	8,9	3,1	1,6	-2,2	0,5
Importe	11,3	5,7	6,8	12,1	14,1	11,9	11,3	7,1	3,4	1,6	-2,6	3,4
darunter: Waren	11,8	6,0	6,2	12,6	15,8	12,5	12,4	7,6	2,8	1,8	-3,6	2,8
Bruttoinlandsprodukt	2,5	3,4	1,5	3,4	2,5	2,5	4,6	2,3	3,4	3,2	1,9	1,6
zu Preisen von 1995												
Privater Konsum ²⁾	0,7	1,8	0,2	1,5	0,3	1,0	2,2	0,5	2,3	2,3	2,2	2,0
Staatskonsum	-0,6	-0,1	0,6	-0,9	-0,8	-1,2	1,2	1,6	-0,8	-2,2	0,4	0,4
Anlageinvestitionen	0,6	1,8	1,9	0,7	-0,3	0,6	6,7	-1,8	1,3	1,9	1,4	3,8
Bauten	-1,7	-3,8	1,3	-1,6	-3,1	-2,7	3,5	-7,5	-4,7	-4,8	-3,6	0,5
Ausrüstungen	3,9	10,1	1,9	4,4	4,3	4,7	11,2	6,9	11,2	11,1	7,9	7,6
Sonstige Anlagen	10,0	14,1	9,9	8,1	10,7	11,1	14,1	15,9	16,0	10,6	12,5	15,7
Vorratsveränderungen ³⁾	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Exporte	10,9	6,5	5,0	13,5	14,1	11,0	12,8	7,6	4,1	2,5	-0,8	1,6
darunter: Waren	11,1	7,0	5,9	13,7	14,2	10,6	13,6	8,3	3,6	3,4	-0,8	1,5
Importe	8,2	8,0	4,2	9,7	9,9	8,8	10,7	7,9	6,5	7,2	2,2	5,6
darunter: Waren	8,7	9,0	3,7	10,4	8,0	9,3	12,0	8,8	6,7	8,6	1,6	4,9
Bruttoinlandsprodukt	1,8	2,3	0,8	2,6	1,8	1,9	3,9	1,2	2,0	2,0	0,7	1,0
Preisentwicklung (1995=100)												
Privater Konsum ²⁾	1,8	0,9	1,8	1,6	2,0	1,8	1,2	1,2	0,8	0,6	0,5	0,4
Staatskonsum	0,5	0,5	0,9	1,7	-1,0	0,4	-0,5	-0,9	2,0	1,3	0,7	1,5
Bauten	-0,2	-0,5	-0,2	-0,2	-0,2	-0,1	-1,0	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4
Ausrüstungen	0,5	-0,1	0,2	0,5	0,8	0,6	0,4	0,4	-0,4	-0,6	-0,4	-0,4
Exporte	1,3	-0,1	0,6	0,8	1,7	1,9	1,2	0,5	-0,4	-1,5	-1,5	-1,1
Importe	2,8	-2,2	2,5	2,2	3,8	2,8	0,5	-0,8	-2,9	-5,2	-4,7	-2,1
Nachr.: Terms of Trade	-1,5	2,1	-1,9	-1,3	-2,0	-0,9	0,7	1,3	2,6	3,9	3,3	1,0
Bruttoinlandsprodukt	0,7	1,1	0,7	0,9	0,7	0,6	0,7	1,1	1,4	1,2	1,2	0,6

¹⁾ Veränderung in % gegenüber Vorjahr. — ²⁾ Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. — ³⁾ Einschl. Nettozugang an Wertsachen.

Quellen: Die den Berechnungen zugrundeliegenden Werte sind Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3). Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

**Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts
Saisonbereinigte Werte¹⁾**

	1996		1997				1998				1999	
	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II
Verteilung des Bruttonationaleinkommens zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM) ²⁾												
Arbeitnehmerentgelt	1 968	1 966	1 974	1 970	1 966	1 972	1 983	1 994	2 006	2 016	2 020	2 045
Unternehmens- u. Vermögenseinkommen	737	765	745	813	808	817	852	826	865	854	839	809
Produktions- und Importabga- ben abzüglich Subventionen	338	338	342	350	349	358	355	368	370	375	388	397
Abschreibungen	532	534	538	540	544	547	549	552	554	558	561	565
Bruttonationaleinkommen	3 575	3 603	3 599	3 673	3 667	3 694	3 739	3 740	3 795	3 802	3 809	3 817
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM) ²⁾												
Privater Konsum ³⁾	2 063	2 071	2 078	2 107	2 110	2 127	2 144	2 149	2 175	2 189	2 199	2 205
Staatskonsum	721	717	720	718	712	719	720	720	721	715	727	732
Anlageinvestitionen ⁴⁾	787	784	777	788	786	790	801	782	792	797	803	809
Bauten ⁴⁾	494	488	481	485	478	476	476	453	454	450	456	454
Ausrüstungen ⁴⁾	260	262	262	269	273	277	288	292	300	308	308	314
Sonstige Anlagen	33	33	34	34	35	36	37	37	38	39	39	41
Vorratsveränderungen ⁴⁾⁵⁾	-11	3	10	13	21	16	38	54	61	76	44	60
Außenbeitrag ⁴⁾	41	43	38	54	59	65	66	71	65	60	64	41
Exporte ⁴⁾	915	946	975	1 003	1 048	1 077	1 092	1 103	1 085	1 068	1 069	1 089
darunter: Waren ⁴⁾	794	824	849	869	914	936	953	964	941	932	934	950
Importe ⁴⁾	874	903	937	949	989	1 012	1 026	1 032	1 020	1 009	1 005	1 048
darunter: Waren ⁴⁾	684	709	737	747	783	800	814	818	803	796	789	824
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾	3 600	3 617	3 624	3 680	3 688	3 716	3 770	3 775	3 814	3 837	3 837	3 846
zu Preisen von 1995 (Mrd. DM) ²⁾												
Privater Konsum ³⁾	2 022	2 022	2 017	2 039	2 030	2 041	2 055	2 054	2 077	2 089	2 097	2 099
Staatskonsum	708	704	706	700	704	706	708	708	700	695	709	709
Anlageinvestitionen ⁴⁾	792	790	781	793	791	796	809	790	802	808	816	823
Bauten ⁴⁾	498	493	484	489	483	482	483	459	461	457	464	463
Ausrüstungen ⁴⁾	260	262	261	268	270	275	286	289	299	308	306	313
Sonstige Anlagen	34	35	35	36	37	39	40	42	43	44	45	48
Vorratsveränderungen ⁴⁾⁵⁾	-5	5	11	17	21	19	36	51	61	81	42	50
Außenbeitrag ⁴⁾	44	50	54	70	78	83	77	72	59	41	45	31
Exporte ⁴⁾	913	943	967	991	1 030	1 053	1 071	1 084	1 070	1 061	1 064	1 084
darunter: Waren ⁴⁾	795	824	844	860	899	917	936	949	931	929	930	946
Importe ⁴⁾	869	893	913	921	952	970	994	1 012	1 011	1 020	1 019	1 053
darunter: Waren ⁴⁾	684	706	723	730	759	771	795	811	807	819	811	837
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾	3 562	3 571	3 569	3 619	3 624	3 644	3 686	3 675	3 700	3 714	3 708	3 712
Preisentwicklung (1995=100)												
Privater Konsum ³⁾	102,0	102,4	103,0	103,4	103,9	104,2	104,3	104,6	104,7	104,8	104,9	105,0
Staatskonsum	101,7	101,7	101,9	102,4	101,1	101,7	101,8	101,7	103,0	103,0	102,6	103,2
Bauten	99,2	99,0	99,4	99,1	99,0	98,9	98,6	98,7	98,6	98,5	98,3	98,2
Ausrüstungen	100,0	100,2	100,3	100,4	100,8	100,8	100,7	100,8	100,4	100,3	100,4	100,3
Exporte	100,2	100,3	100,8	101,2	101,8	102,2	102,1	101,8	101,4	100,7	100,5	100,5
Importe	100,6	101,1	102,6	103,0	104,0	104,2	103,3	102,0	100,8	99,0	98,6	99,6
Nachr.: Terms of Trade	99,6	99,2	98,3	98,3	97,9	98,0	98,8	99,7	100,6	101,8	101,9	100,9
Bruttoinlandsprodukt	101,1	101,3	101,5	101,7	101,8	102,0	102,3	102,7	103,1	103,3	103,5	103,4

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. — ²⁾ Vierteljahresdaten auf Jahresbasis hochgerechnet. — ³⁾ Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. — ⁴⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt. — ⁵⁾ Einschl. Nettozugang an Wertsachen.

Quellen: Die den Berechnungen zugrundeliegenden Werte sind Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3). Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

**Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**
Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts
Entwicklung der saisonbereinigten Werte¹⁾

	1996		1997				1998				1999	
	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II
Verteilung des Bruttonationaleinkommens zu jeweiligen Preisen												
Arbeitnehmerentgelt	0,3	-0,1	0,4	-0,2	-0,2	0,3	0,6	0,5	0,6	0,5	0,2	1,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	1,5	3,9	-2,7	9,2	-0,6	1,2	4,3	-3,0	4,7	-1,3	-1,7	-3,6
Produktions- und Importabga- ben abzüglich Subventionen	3,6	-0,1	1,3	2,1	-0,2	2,7	-0,8	3,6	0,5	1,3	3,4	2,2
Abschreibungen	0,4	0,5	0,7	0,4	0,7	0,5	0,4	0,6	0,4	0,6	0,7	0,7
Bruttonationaleinkommen	0,9	0,8	-0,1	2,1	-0,2	0,7	1,2	0,0	1,5	0,2	0,2	0,2
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts zu jeweiligen Preisen												
Privater Konsum ²⁾	1,0	0,4	0,4	1,4	0,1	0,8	0,8	0,2	1,2	0,6	0,4	0,3
Staatskonsum	0,6	-0,5	0,5	-0,4	-0,8	1,0	0,2	-0,1	0,2	-0,9	1,7	0,7
Anlageinvestitionen	0,6	-0,4	-0,9	1,4	-0,3	0,4	1,4	-2,4	1,4	0,6	0,8	0,7
Bauten	0,4	-1,2	-1,5	0,8	-1,3	-0,4	-0,1	-4,9	0,3	-0,9	1,4	-0,4
Ausrüstungen	1,0	1,0	-0,1	2,7	1,2	1,7	4,0	1,2	2,8	2,8	-0,3	2,0
Sonstige Anlagen	1,1	1,4	2,6	0,0	2,1	2,7	2,1	1,6	2,7	0,7	1,9	3,8
Vorratsveränderungen ³⁾	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Exporte	2,0	3,4	3,1	2,9	4,5	2,7	1,5	1,0	-1,7	-1,5	0,1	1,9
darunter: Waren	2,3	3,7	3,0	2,4	5,1	2,4	1,8	1,1	-2,4	-1,0	0,2	1,8
Importe	1,2	3,4	3,7	1,3	4,2	2,3	1,4	0,6	-1,2	-1,1	-0,4	4,3
darunter: Waren	0,8	3,6	3,9	1,4	4,9	2,1	1,8	0,5	-1,8	-0,8	-0,9	4,4
Bruttoinlandsprodukt	0,9	0,5	0,2	1,5	0,2	0,8	1,4	0,2	1,0	0,6	0,0	0,3
zu Preisen von 1995												
Privater Konsum ²⁾	0,7	0,0	-0,2	1,1	-0,4	0,5	0,7	-0,1	1,1	0,6	0,4	0,1
Staatskonsum	0,0	-0,5	0,2	-0,8	0,5	0,3	0,2	0,0	-1,1	-0,8	2,0	0,1
Anlageinvestitionen	0,8	-0,3	-1,2	1,6	-0,3	0,6	1,7	-2,4	1,6	0,7	1,0	0,9
Bauten	0,5	-1,0	-1,9	1,1	-1,2	-0,3	0,2	-4,9	0,4	-0,8	1,6	-0,3
Ausrüstungen	1,0	0,8	-0,2	2,6	0,9	1,6	4,1	1,2	3,2	3,0	-0,4	2,0
Sonstige Anlagen	2,0	2,5	1,9	1,8	3,3	4,7	3,5	3,0	3,7	0,9	4,4	5,3
Vorratsveränderungen ³⁾	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Exporte	2,2	3,3	2,5	2,4	4,0	2,2	1,7	1,2	-1,3	-0,8	0,3	1,9
darunter: Waren	2,5	3,7	2,5	1,9	4,5	1,9	2,1	1,4	-1,9	-0,2	0,1	1,8
Importe	1,5	2,8	2,2	0,9	3,4	1,9	2,4	1,8	-0,1	0,8	-0,1	3,4
darunter: Waren	1,1	3,2	2,4	0,9	4,0	1,5	3,1	2,0	-0,4	1,5	-1,0	3,2
Bruttoinlandsprodukt	0,7	0,3	0,0	1,4	0,1	0,5	1,1	-0,3	0,7	0,4	-0,1	0,1
Preisentwicklung (1995=100)												
Privater Konsum ²⁾	0,3	0,4	0,6	0,3	0,6	0,3	0,1	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1
Staatskonsum	0,5	0,0	0,2	0,5	-1,3	0,6	0,1	-0,1	1,3	0,0	-0,4	0,7
Bauten	-0,1	-0,2	0,4	-0,3	-0,1	-0,1	-0,3	0,1	-0,1	-0,1	-0,2	0,0
Ausrüstungen	0,0	0,2	0,1	0,1	0,4	0,0	-0,1	0,0	-0,4	-0,1	0,1	-0,1
Exporte	-0,1	0,2	0,5	0,4	0,6	0,4	-0,1	-0,3	-0,4	-0,7	-0,2	0,0
Importe	-0,2	0,5	1,4	0,4	0,9	0,3	-0,9	-1,2	-1,2	-1,8	-0,3	1,0
Nachr.: Terms of Trade	0,1	-0,4	-0,9	0,0	-0,4	0,1	0,8	0,9	0,9	1,2	0,1	-0,9
Bruttoinlandsprodukt	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,3	0,5	0,3	0,2	0,2	-0,1

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Ergebnisse wurden gerundet. Veränderung in % gegenüber Vorquartal. — ²⁾ Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. — ³⁾ Einschl. Nettozugang an Wertsachen.

Quellen: Die den Berechnungen zugrundeliegenden Werte sind Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3). Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 160 **Auslandsinvestitionen ostasiatischer Länder in Europa und in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Siegfried Schultz. 225 S. 1995. (3-428-08408-X). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 161 **Bisherige und künftige Versorgung der osteuropäischen Länder mit den Stahlveredlern Mangan, Chrom, Nickel und Molybdän.** Von Peter Eggert, Eberhard Wettig, Ilse Häusser, Aribert Kampe, Manfred Kraft, Jochen Parchmann, Helmut Schmidt und Gerhard Winkler. 364 S. 1995. (3-428-08609-0). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 178,—.
- Heft 162 **Künftige Entwicklung des Medien- und Kommunikationssektors in Deutschland.** Von Klaus Schrape, Wolfgang Seufert, Hansjörg Haas, Daniel Hürst und Sabine Gafke. 212 S. 1996. (3-428-08766-6). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 163 **Verflechtungsanalysen für die Volkswirtschaft der DDR am Vorabend der deutschen Vereinigung.** Von Udo Ludwig, Reiner Stäglin, Carsten Stahmer, unter Mitarbeit von Karl-Heinz Siehndel. 283 S. 1996. (3-428-08879-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 164 **Expertise über die Anstoßwirkungen öffentlicher Mittel in der Städtebauförderung.** Von Vera Lessat unter Mitarbeit von Klaus-Peter Gaulke und Josef Rother. 102 S. 1996. (3-428-08902-2). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Heft 165 **FuE-Aktivitäten, Außenhandel und Wirtschaftsstrukturen: Die technologische Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich.** Von Florian Straßberger, Marian Beise, Heike Belitz, Ludger Lindlar, Dieter Schumacher und Harald Trabold. 211 S. 1996. (3-428-08920-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 166 **Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft in Deutschland bis zum Jahr 2010 — Ergebnisse quantitativer Szenarien.** Von Martin Gornig, Bernd Görzig, Claudius Schmidt-Faber und Erika Schulz. 169 S. 1997. (3-428-09126-4). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Heft 167 **Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU -Transformation, Verflechtung, Reformbedarf.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Fritz Franzmeyer, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Harald Trabold, unter Mitarbeit von Silke Boger und David Rusnok. 348 S. 1997. (3-428-09133-7). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 168 **Lage und Perspektiven der deutschen Schienenfahrzeugindustrie.** Von Rainer Hopf, Hartmut Kuhfeld, Heike Link, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels, unter Mitarbeit von Alfred Haid und Kurt Hornschild. 242 S. 1997. (3-428-09141-8). DM 144,— / öS 1.051,— / sFr 128,—.
- Heft 169 **Wirtschaftliche Verflechtung zwischen EU und GUS — Niedriges Niveau, großes Potential, vage Perspektiven.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher, Harald Trabold und Ulrich Weißenburger (†) unter Mitarbeit von Silke Boger, Ulrike Ludden und David Rusnok. 210 S. 1997. (3-428-09344-5). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 170 **Lage und Perspektiven der Unternehmen in Ostdeutschland — Ergebnisse einer Umfrage.** Von Karl Brenke und Alexander Eickelpasch, unter Mitarbeit von Lorenz Blume. 124 S. 1997. (3-428-09361-5). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 171 **Europäische Strukturfonds in Sachsen: Zwischenevaluierung für die Jahre 1994 bis 1996.** Von Kornelia Hagen und Kathleen Toepel. 249 S. 1997. (3-428-09389-5). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 172 **Situation und Perspektiven der deutschen Raumfahrtindustrie — Eine ordnungspolitische Analyse.** Von Bernhard Wieland, Talat Mahmood und Lars-Hendrick Röller, Projektleitung: Kurt Hornschild. 210 S. 1998. (3-428-09440-9). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 173 **Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland.** Von Klaus-Dietrich Bedau. 127 S. 1998. (3-428-09481-6). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 174 **Effizienz von Maßnahmen zur Verbrauchseinschränkung bei Mineralölversorgungsstörungen.** Von Rainer Hopf, Jutta Kloas, Heilwig Rieke, Martin Schmied und Franz Wittke (DIW); Klaus Lindner und Dieter Merten (IE). 239 S. 1998. (3-428-09482-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 175 **Wirkung und Wirksamkeit der EU-Binnenmarktmaßnahmen — Evaluierung des Studienprogramms der Europäischen Kommission.** Von Christian Weise, Stefan Bach, Heike Link, Uta Möbius, Bernhard Seidel, Wolfgang Seufert und Harald Trabold. 173 S. 1998. (3-428-09579-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 176 **Zum Einfluß betrieblicher und sektoraler Differenzierung der Arbeitskosten und sonstiger Regelungen auf die Beschäftigung im Strukturwandel.** Von Bernd Görzig, Wolfgang Scheremet und Frank Stille. 315 S. 1998. (3-428-09580-4). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 177 **Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metallhütten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).** Von Peter Eggert, Ilse Häusser, Bernd-Michael Kruse, Jochen Parchmann, Sighelm Thede und Eberhard Wettig. 341 S. 1998. (3-428-09682-7). DM 188,— / öS 1.372,— / sFr 167,50.
- Heft 178 **Die wirtschaftliche Bedeutung Berlins für den Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 158 S. 1998. (3-428-09745-9). DM 136,— / öS 993,— / sFr 121,—.
- Heft 179 **Deutschland im Strukturwandel — Strukturberichterstattung 1997.** Von Dietmar Edler, Bernd Görzig, Dieter Schumacher, Frank Stille (Koordination), Dieter Teichmann, Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. 400 S. 1998. (3-428-09766-1). DM 212,— / öS 1.548,— / sFr 188,—.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 150 **Die Idee der Cash-flow-Steuer vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Steuersystems.** Von Stefan Bach. 474 S. 1993. (3-428-07984-5). DM 98,— / öS 715,— / sFr 98,—.
- Nr. 151 **Das Konvergenzproblem — Wirtschaftspolitik im Europa von Maastricht.** Von Fritz Franzmeyer (Hrsg.). 324 S. 1994. (3-428-08018-1). DM 88,— / öS 642,— / sFr 88,—.
- Nr. 152 **Selbstverpflichtungen der Industrie zur CO₂-Reduktion.** Von Michael Kohlhaas und Barbara Praetorius. 192 S. 1994. (3-428-08075-0). DM 76,— / öS 555,— / sFr 76,—.
- Nr. 153 **Wirtschaftliche Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Volker Meinhardt, Barbara Praetorius, Hans Wessels und Rudolf Zwiener. 234 S. 1995. (3-428-08292-3). DM 84,— / öS 613,— / sFr 84,—.
- Nr. 154 **Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen.** Von Volker Meinhardt, Bernhard Seidel, Frank Stille und Dieter Teichmann. 104 S. 1995. (3-428-08293-1). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 155 **Technologische Zusammenarbeit von Berliner Unternehmen mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 100 S. 1995. (3-428-08411-X). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). DM 74,— / öS 540,— / sFr 67,—.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). DM 148,— / öS 1.080,— / sFr 131,—.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle — Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen Toepel. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin

Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,

Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Öffentliche Haushalte 1999/2000: Keine Abkehr von der restriktiven Linie.

Bearbeitet von Dieter Teichmann und Dieter Vesper. —

Gesamtwirtschaftliche Produktion kaum gestiegen — Die ersten Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Bundesrepublik Deutschland für das zweite Quartal 1999.

Bearbeitet von Andreas Cors.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Wachsmuthstr. 12, D-13467 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

— Hierzu 1 Prospekt des DIW —